

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Mittags um  
12 Uhr und ist durch die  
Kioske, den Buchhändler, die  
Buchhandlung und  
durch die Post zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 3 Mk., halbjährlich 5 Mk.,  
jährlich 9 Mk., von Woche zu Woche.  
Verlagsanstalt Nr. 6170.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlag  
Nr. 1206.  
Telephon  
Nr. 1206.

Telephon  
Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 1206.

Nr. 17.

Samstag, den 21. Januar 1905.

16. Jahrgang

### Rache!

Petersburg, 19. Januar.  
Der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute der Feier der Wasserweiche auf der Newa bei. Noch während der Zeremonie, gleichzeitig mit dem zweiten Salut, wurden die Kräfte des Nikolaus-Salutes des Winterpalais von mehreren Kartätschentageln durchbohrt, deren Richtung vom Westen-Gebäude (jenseits der Newa) ausgehend angegeben wird. In der Höhe waren zu dem Salut bestimmte Artillerie-Geschütze aufgeführt. Der Vorfall ist bisher noch unangeführt. Es verlautet, daß ein Polizist getötet worden ist.

Dampf großer Donner und blendende Blitze künden mit rasch wachsender Stärke und in immer schnelleren Wiederholungen uns an, daß drüben im riesigen Russenreiche unterirdische Kräfte fieberhaft an der Arbeit sind, um den staatlichen Organismus zu unterwühlen und in die Luft zu sprengen, der heute noch wie ein furchtbarer finsterner Nebel auf dem lebendigen Leben eines trotz aller Fesseln vorwärts schreitenden Volkes lastet. Noch haben sich die grausamen Machthaber von dem Schrecken nicht erholt, den die blutige Bombe rings in ihrem Kreise verbreitete, die den brutalen Polizeischurken Plehwe zerriß, da zeigt ein neuer Attentatsversuch gegen den ersten Repräsentanten des Kautenreiches an, wie drohend nahe der Tag herangerückt, an dem die Rache siegt. Die Rache für die armen Opfer des blutigen Schlachtfeldes in der Mondschneise, die Rache für die halb nackten Verwundeten in Charbin und Mukden, die Rache für die in den Straßen von Moskau und Petersburg gemordeten und verstümmelten Freiheitsfreunde, für die mit Reife die Rache mag es gegangen haben, da hätte die rächende Hand ihr Ziel erreicht und Russlands Kaiser samt seiner Frau lagen in ihrem Blute. Denn alle amtlichen Lügen und Dementis werden uns nicht überzeugen können, daß der Kartätschenregen, der gestern bis an das Winterpalais des Kaisers niederprasselte, nur aus einem versehenlich scharf geladenen und versehenlich gerade nach der Zarenwohnung gerichteten Geschütz kam. Das mache man angesichts der Lage anderen weiß, nicht uns, nur um das eigene Volk zu beruhigen und niederzuhalten, sind die amtlichen Lügen in die Welt gesetzt. Im Auslande wird man diesen Schwindel nicht eher glauben, bis auch der Nachweis gelungen ist, daß die Bombe gegen Plehwe „aus Versehen“ losgegangen und den Muthund „aus Versehen“ hinweggerafft hat.

Nein, es handelt sich gestern in Petersburg um einen bitteren ersten Anschlag. Noch einmal ist das furchtbare ver-

eitelt — auf wie lange? Werden die Verweilenden ihre schrecklichen Absichten aufgeben, wenn der tragende Schuß an der Newa nicht endlich den Herrscher schlägt, womit allein er seine und seiner Sippe Existenz schützen kann? Niemals. So lange dem Volk nicht wird, was des Volkes ist, so lange hängt über dem Haupte der Machthaber das furchtbare Gericht.

Mene, mene tekel upharsin!

Viele Stunden lang hat die russische Zensur den Vorfall zu verheimlichen gesucht, den das obige Telegramm wieder gibt, bis man sich in den erlauchten russischen Kreisen entschloß, folgende Lügen den Wählern vorzusetzen.

Petersburg, 19. Januar. Amtlich wird bekannt gegeben: Während der Newa-Wasserweiche, die in Anwesenheit des Kaisers stattfand, ereignete sich, als der übliche Salut begann, ein Unfall. Einer der bei der Höhe aufgestellten Geschütze schoss anstatt der Pulverladung eine Kartätschenladung ab. Die Kugel erreichte den Fußboden beim Jordan-Quai. An der Kasse des Winterpalais wurden die Schreien von vier Fenstern zerbrochen. Ein der Petersburger Stadtpolizei angehöriger Polizist wurde verwundet. Nach bisheriger Ermittlung sind keine weiteren Unfälle vorgekommen. Die Untersuchung dauert fort.

Die „Petersburger Telegraphenagentur“ meldet über die Ursache des heutigen Unfalls: Bei einer vorgestern abgehaltenen Übung der ersten zehnten Batterie war eine Kartätsche in einem Geschützrohr stecken geblieben. (1) Bei dem heutigen Salut schloß die Kartätsche versehenlich in dies Rohr ein, worauf der Kartätschschuß losging.

Man kann getrost einen Preis aussetzen für den, der einen Mächtigsten für dieses Dementi findet. Selbst die „Schles. Ztg.“, deren Russenfreundlichkeit bekannt ist, stellt nach einer genauen Beschreibung des Tatortes und der Tat fest, daß es sich hier um kein Versehen, sondern nur um eine böse Absicht handeln kann. „Denn es kann...“ Organen doch kaum entgangen sein, daß sie scharfe Granaten und nicht lediglich Pulverladungen in die Geschütze einführen; der Unterschied zwischen beiden ist denn doch zu groß. Eine andere Frage ist es, wer von den Bedienungsmannschaften für die Schurkerei verantwortlich ist und bis zu welchen militärischen Graden die Mitwisserschaft an derselben reicht. Dies festzustellen, wird Sache der einzuleitenden Untersuchung sein. Jedenfalls läßt das Attentat, sofern es sich in der geschilberten Weise abgespielt hat, darauf schließen, daß der Anarchismus bereits auch in der russischen Armee Fuß gefaßt hat, eine Tatsache, die denjenigen russischen Kreisen, welche die mächtig bahinleitende Reformbewegung durch Knute und Verbannung eindämmen möchten, zu denken geben sollte. Der Schuß über die Newa kann gewissermaßen als ein Warnungsschuß betrachtet werden, gerichtet an diejenigen Faktoren, welche für die Leitung der inneren Politik Russlands ver-

antwortlich sind. Schon tritt die Solidarität der Arbeiterschaft der russischen Hauptstadt in der Niederlegung der Arbeit in den wichtigsten Industrieetablissemens hervor, und dies in einer Zeit, da einige der Werke gerade mit bringenden Aufträgen zu Sweden der Ausrichtung des dritten Geschwaders beschäftigt sind.“ Schade, daß die Tante nie dazu kommt, die Schurkereien, die in Rußland von der anderen Seite verübt werden, beim rechten Namen zu nennen.

Telegramme mit Einzelheiten des Vorfalls liegen zur Zeit nicht vor, werden vielleicht auch schwer das Licht der Öffentlichkeit erreichen. Wir geben darum die sachkundigen Beschreibungen des Tatortes in der „Schles. Ztg.“ hier wieder.

Der gestrige 19. Januar war in Rußland der Tag der Heiligen Drei Könige, an welchem, allem Gebrauche gemäß, die Zeremonie der Wasserweiche auf dem Newaflusse in feierlicher Weise vollzogen wird. In diesem Zwecke wird auf dem Ufer der Newa, gegenüber dem Winterpalais, für das Kaiserpaar ein Pavillon gebaut; vor dem Pavillon ist in das Eis des Flusses ein großes Loch geschlagen, und an diesem wird seitens der höchsten Petersburger Gesellschaft in Gegenwart des Kaiserpaars, das sich vom Winterpalais direkt zu Fuß nach dem Pavillon begibt, des gesamten Hofes, des diplomatischen Korps und aller höheren Hof- und Staatswürdenträger die Wasserweiche vorgenommen. Eine Batterie, die auf dem dem Winterpalais gegenüberliegenden rechten Newa-Ufer, und zwar auf dem äußersten östlichen Teile der Wassiljew-Insel (Wassiljewski-Östrom) vor dem Besenhausgebäude aufgeführt ist, gibt die üblichen Salutgeschütze ab. Man nun, wie die vorstehende Meldung besagt, während des gestrigen Festgottesdienstes mehrere Kartätschentageln in das Winterpalais einschlugen, so wußten sie von dem eben bezeichneten Standpunkte aus direkt über die Köpfe des Kaiserpaars und der verarmelten Wartenhelfer hinweggeschossen, und zwar in nicht eben bedeutender Höhe, da das Winterpalais selbst im ganzen nur 24 Meter hoch ist und der Nikolausflaß überdies im Hochparterre gelegen ist. Welche Panik sich der Teilnehmer an der Zeremonie bemächtigt haben mag, kann man sich hiernach vorstellen.

Auffallen muß es, daß die erste offizielle Meldung über den verhängnisvollen Vorfall von St. Petersburg aus erst in der letzten Nachmittagsstunde verbreitet worden ist, während die Wasserweiche etwa um die Mittagszeit stattgefunden haben dürfte; ebenso, daß mehrere Stunden vergingen, ohne daß eine weitere Meldung hierüber erfolgte. Man hat sich hiernach zu erklären, welche Verwirrung die Geschosse im Winterpalais selbst angerichtet haben mögen. Der getötete Polizeiwachmann dürfte auf dem sogenannten Palastplatz an der Newa vor dem Winterpalais auf Posten gestanden haben.

### Politische Uebersicht.

Der Reichstag

nahm am Donnerstag zunächst einige Kommissionswahlen und Wahlprüfungen vor und wandte sich dann dem Postetat zu. Das Zentrum wartete mit ein paar sozialpolitischen Resolutionen auf, in denen es bezeichnender Weise der Sonntagsruhe vor der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit einen unbilligen Vorzug gibt — so sehr an sich natürlich die Forderung einer Ausdehnung der Sonntagsruhe für die Postbeamten zu billigen ist. Erimbarn aus Köln, der sozialpolitische Nennmierzehnter des Zentrums, eröffnete

### Jugeneur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(Nachdruck verboten.)

101  
Später trat äußerlich eine gewisse Entfremdung ein. Aber der alte Hund blieb bestehen, und in den Gesellschaften verblühten sie sich durch einen Blick, ein Lächeln über die Köpfe der Leute hinweg. Anna machte sich ganz keine Gedanken zu eigen. Es imponierte ihr, so wie er es tat, auf die anderen Proleten herabzublicken und sich selbst als Wesen von besonderer Art zu betrachten. Sein Hochmut, sein Egoismus, sein Cynismus, alles an ihm gefiel ihr. Aber wie sie trotz alledem nie aufhörte, ihn sich als einen edlen Menschen vorzustellen, gab sie auch nie ganz die Hoffnung auf, ihn einmal zu heiraten. Seine wegen hatte sie schon höchst annehmbare Parteien angeschlagen. Ihre Liebe zu dem eleganten Schlingel hörte nicht auf. Die Heimlichkeit näherte sie, der Gedanke an die kommende Trennung gab ihr einen wehmütigen Reiz, und seine Untreue und fele Launenhaftigkeit hielten ihr Herz in fortwährender Spannung.

Während Anna in die Welt sah, hatte sich ihr Gesicht, auf das die Flamme wechselnde Lichter waren, verfinstert. Man malte bestien ihre Lippen, als wenn der wilde Schmerz dazwischen hervorbräche. Aber sie preßte den Mund zusammen. Sie wollte nichts hören von den Stimmen in ihrem Innern. Es gab nur eins, was sie haßte: das Elend mit seiner traurigen, zerlumpten Gestalt. Jetzt in diesem Augenblick sah sie, als wenn der Feuerschein weithin die Zukunft beleuchtete, ihr Leben vor sich. Sie ahnte, daß schlaflose Nächte kommen würden, wo das unbefriedigte Blut in ihr tobte. Sie ahnte, daß die Stunde kommen würde, wo sie trostlos in die graue Verlassenheit hinaushorchen würde, nach der Stimme eines Menschen, der ihr sympathisch war. Sie ahnte, daß sie über die Straße gehen und daß ihr Herz vor Weid und Schmerzen zerpringen würde, wenn sie einer Frau begegnete, die den Mann an ihrer Seite liebevoll anlächelte. Sie ahnte, daß sie die Mutter beneiden würde, die in der Wiege zur Seite des Bettes ein Kind hatte, das die Buge dessen trug, den sie liebte. Sie ahnte, daß es einarm und leer und tot um sie sein würde, in allem Trübel der Gesellschaften, die sie geben wollte.

Aber sie nahm das alles hin. Sie verpielte ihr Leben und ging dem Unglück entgegen. Aber wenigstens wollte sie ihren Stolz befriedigen, wenigstens sollte man sie beneiden. Und wenn ihre Schönheit blühte, was tat's, wenn ihre Seele litt! . . .

Nach einer Stunde kam Frau Regierungsrat zurück. Sie triefte vor Schmutz und Müde. Aber schlimmer sah sie die innere Verblüdung, die sie erlitten hatte. Auf diesem Wege hatte sie das Letzte gelassen, was ihr von der Frau aus der guten Gesellschaft geblieben war. Dazu kam, daß sie bei dem Pfandleiher einen Musiker ge-

troffen hatte, der in den Häusern ihrer Bekannten Klavierstunden gab. Trotz des dichten Schleiens glaubte sie sich von ihm erkannt. Sie war in milderer Laune, während sie sich umgog. Anna hatte aus dem Pompadour das Vortemponnaie genommen und das Geld überzählt. Es waren ungefähr hundertfünfzig Mark.

„Ja, um's Himmelswillen, mehr hast Du nicht bekommen? Du hast den Ring behalten, Mama!“

„Dit Du still, Du Unverschämte!“ knurrte die Mutter.

„Gib's mal, hast Du ihn behalten oder verlost?“

„Wahrhaftig in Gott, ich habe ihn verlost.“

Aber trotz dieses Schwarzes war die Tochter doch nicht so recht überzeugt.

Am nächsten Morgen hatte Frau Regierungsrat Schnupfen und blieb im Bett. Anna war spät aufgestanden und sah noch am Frühmüdschick, als sich Professor Seiffert bei ihr melden ließ. Ihre Verwunderung über diesen frühen Besuch ging in helle Freude über, als sie den Grund erfuhr.

Seiffert war der berühmte Heiligenmaler. In den Rheinlanden gab es wenig Kirchen, in denen nicht Bilder von ihm oder seinen Schülern hingen, Heiligenbilder von dieser bekannten köstlichen Art, die so feuch und rein sind, daß die Blüten in den Händen der Jungfrauen weder Stempel noch Staubgefäße tragen. Für seine eigentümliche Person war der alte Herr kein solch abgetriebener Heiliger. Er ging zwar viel zur Beichte, aber er hatte auch Genuß davon. Die Mutter Gottes war nicht die einzige schöne Frau, die er verehrte.

Er gehörte zu den Arranguren der Maskenfeste. Auch bei dem diesjährigen Feste „Das Benedig der Renaissance“ war er beteiligt. Und wegen dieser Angelegenheit besuchte er Anna.

Frau Oswald, die Gattin des reichen Bierbrauers, welche die Hauptfigur des Festes, die Fürstin Tornaro, darstellen sollte, hatte gestern die Nachricht vom Tode ihrer Schwiegermutter bekommen. Natürlich war ihr Erscheinen unmöglich. Bis übermorgen mußte Ersatz geschafft werden, und die allgemeine Wahl war auf Frühelein. Dies geschah. Der alte Professor beschwor Anna anzuschauen. Diese war vom ersten Augenblick an dazu entschlossen. Einmal Schöneres hätte ihr gar nicht passieren können. Aber sie aßerte sich noch ein bißchen und sagte, erst müßte sie ihre Mutter fragen.

„Lassen Sie mich mit Ihrer Frau Mama sprechen“, bat Seiffert.

Aber Anna meinte, sie wollte das lieber selbst besorgen. Als sie ins Schlafzimmer kam, fuhr die Mutter aufgeregt aus dem Bett.

„Ist er da?“

Verwundert sah Anna sie an.

„Sag' ihm, daß ich krank bin! Oder fuhr' ihn herein, damit er sich überzeugen kann.“

„Von wem sprichst Du denn?“

„Von wem? . . . Vom Gerichtsvollzieher.“

Die Tochter lachte hell auf. Sie setzte sich auf den Betttrand und strich ihrer Mutter die Haare aus dem Gesicht.

„Wenn der kommt, sage ich ihm, daß er mich verzeigern soll. Für den Preis kannst Du Deine Schulden bezahlen und bekommst noch eine hübsche Rente.“

Der Form wegen blieb sie noch einige Augenblicke, indem sie der Kranken erzählte, eine Fremdin sei gekommen. Dann ging sie wieder ins Zimmer und sagte, ihre Mutter hätte es erlaubt.

„Ich hab's doch gleich gewußt!“ sagte der Vater strahlend.

„Warum denn?“

„Ja, ich hab der Mutter Gottes ein Wächterchen versprochen, wenn sie mir den Wunsch erfüllt.“

Vorsichtig strich er dem jungen Mädchen mit seiner zärtlichen Hand über's Haar:

„Das ist ein Töschken! Das möchte ich mal malen. Frag Oswald, was er was nicht. Die hätte eine Perücke tragen müssen.“

Dann empfahl er sich und versprach dafür zu sorgen, daß das Kostüm Nachmittags geschickt würde.

Es kam gerade, als Frau Regierungsrat aufgestanden war. Nun mußte Anna die Wahrheit erfahren. Wenig fehlte, so hätte die Mutter das kostbare Kostüm zerissen, ein solcher Jörn übermannte sie. Sie nannte ihre Tochter eine schamlose Dirne, und kein Einwurf Annas konnte sie beruhigen. Sie legte sich wieder ins Bett und erklärte, dort würde sie liegen bleiben, bis man sie mit Gewalt auf die Straße setze.

Anna kümmerte sich nicht um sie. Sie befahl dem Mädchen, die Kleider zu schließen, sobald Mama nicht hören konnte, wenn Frau Regierungsrat klingelte. Anna ließ sie ruhig klingeln und brachte ihr Abends weder eine Lampe noch die Zeitung. Auf diese Weise hoffte sie, sie zu erweichen. Sie hatte ihre Schneiderin kommen lassen und ließ mit der in eifriger Beratung wegen verschiedener notwendiger Veränderungen an dem Kostüm.

Gegen Abend ließ sich Bert bei ihr melden. Anna ließ ihm entgegen und erzählte freudstrahlend die Neuigkeit, daß sie auf dem Maskenfeste die Rolle der Fürstin spielen würde. Bert hatte schon davon gehört und gratulierte ihr. Sie legte sich in den Salon und fing an von dem Ball zu schwärmen. Er war bei Frau Oswald gewesen.

„Was hat sie gesagt?“ fragte Anna begierig.

„Es tut ihr furchbar leid, daß sie nicht auf den Ball kann. Sie meint, das wäre noch eine Possen von der alten Schwiegermutter, gerade in diesen Tagen zu sterben. Und als sie gebürt hat, Du würdest die Rolle übernehmen, war sie außer sich.“

„Das glaub' ich! Und mir macht's doppelten Spaß, weil sie sich ärgert.“

(Fortsetzung folgt.)



Die Debatte mit einer Rede, die ein paar gute Gedanken, manche gute Worte, viele schlechte Worte und sehr viele Verhöhnungen vor dem Nachfolger Stephens enthielt. Herr Erdle bedankte sich denn auch schon für das Lob, das ihm der Genusstreiter in so reichlichem Maße gesendet hatte; dem Beschwerden, die Herr Erdle in aller Bescheidenheit seinen Rednerkollegen beigesetzt hatte, versprach der Staatssekretär in verbindlich-unverbindlichen Worten nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen.

Wohl schärfere Kritik, als die regierende Partei durch den Mund ihres Sozialpolitikers, Abte Genosse Singer an dem Postulat. Wohl erkannte unser Redner an, daß einige Fortschritte erzielt sind; aber noch viel läßt das Ressort zu wünschen übrig, aus welchem noch immer nicht der antisozialistische Plasmachergeist welland Stephens will. Wie lächerlich ist doch der Versuch, der den Unterbeamten ungebührlich wird, und mit wie verschiedenen Mäßen werden überhaupt die Ober- und die Unterbeamten gemessen. Mit Schärfe protestierte Genosse Singer gegen den Versuch, die im Vorjahre abgelehnte Disziplinarvorlage hinterrücks einzuschleusen, und gegen die Föhrung von Liebelenerlei durch die sogenannten „gehobenen“ Unterbeamtenstellen. Die Anrechnung Singers, den übermäßigen Andrang beim Schalter, schloß durch geeignete Maßregeln abzustellen, fand beim Staatssekretär Entgegenkommen, der im Uebrigen, so gut und so schlecht es eben gehen wollte, sein Ressort gegen die kritischen Ausschreitungen unseres Fraktionsredners zu verteidigen suchte.

**Ein kritischer Punkt.** In der Budgetkommission des Reichstages wurden die Verhandlungen über die von der Regierung geforderten 200,000 Mk. zu Vorarbeiten für den Bau einer Bahn von Windhal nach Rehoboth am Donnerstag fertiggestellt. Nach längerer erregter Debatte wurden auf Antrag des Berichterstatters, Prinz Krenberg (Frp.) die Forderungen der Regierung mit allen gegen sechs Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und Antisemiten abgelehnt. Es kann, wenn auch das Plenum den Kommissionsbeschluss gutheißt, ein ziemlich erster Konflikt entstehen, da das Reich zur Zahlung der 200,000 Mark laut Vertrag mit der Firma Koppel verpflichtet ist. — Die Herren Bürgerlichen werden schon rechtzeitig umfallen, um ihren braven Kaiser zu schützen.

**Eine Denkschrift über die Entwicklung des Kaiserthums.** Gebietet in der Zeit vom Oktober 1903 bis Oktober 1904 ging dem Reichstage zu.

Die Denkschrift führt u. a. aus, daß das Reichsland beständig der Ausdehnung der Reichsweite sowohl über See wie über Land entscheidende Fortschritte brachte. Der erste Abschnitt des großen Hofens wurde dem Reich übergeben, die deutsche Schwarzland-Entwicklung wurde eröffnet. Für die künftige Entwicklung wird es vor allem darauf ankommen, daß der Reichsraum ausgebaut und der Reichsgebiet mit Mithilfe, aber auch mit Wagemut sich der neuen Erwerbungsgebiete öffnet, die ihm in der Kolonie und ihrem Hinterlande erschlossen sind. Die Einnahmen des Reichsgebietes stiegen von 305,037 Mk. auf 501,946 Mk. Der Reichs- und Schwarzland-Verkehr auf der Schwarzlandbahn ist in namhaftem Steigen begriffen. Der private Unternehmungsgeist auf dem Gebiet der Landwirtschaft, sowie anderer Anlagen entwickelte sich glänzend fort. Die Witterungsverhältnisse waren gütig und zeitigten eine gute erste und zweite Ernte. Die Fortschritte entwickelten sich in glänzender Weise. Die Gesundheitsverhältnisse waren durchaus erfreulich. Die neu eingerichtete Druckerei verleiht die erste deutsche Tageszeitung am Platz, nämlich die „Kaiserliche Nachrichten“. Die Missionen nahmen sich der Pflege der weltlichen Kultur unter der einheimischen Bevölkerung dankend mit Erfolg an. Die Tätigkeit des Gouvernements wurde in fruchtbarer Weise unterstützt durch die Organe der Selbstverwaltung vor allem durch den Vertreter der Kolonialbewohner. Der Verkehr mit dem chinesischen Reich hielt sich in freundschaftlichen Formen und gab Zeugnis von dem Vertrauen der Chinesen zu dem Vorgehen der Deutschen im Schutzgebiet und der gütigen Rückwirkung auf die Provinz.

Das reine Rosenwasser. Nur schade, bei näherem Hinzutreten verfliegt der Duft und das pure Rosenwasser kommt zum Vorschein. Wie die Reichstagsdebatten darum werden.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abg. Lesche (Soz.), des Berichters für das Herzogtum Lauenburg (10. Schleswig-Holstein), für gültig. Die Wahlprüfung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Krause (Kons.), der im 1. Rheinprovinzialwahlkreis (Rhein-Predeberg) gewählt ist, wurde ausgesetzt.

Die neuen Reichsstände sollen in der nächsten Woche im Umsturz gehen. Die neue Reichsliste trägt auf der einen Seite die Regierung, 1/2. Die wird sich durch einen scharf gezeichneten Rand merklich von den alten Ständen unterscheiden, wodurch auch eine Veranschaulichung mit den Reichstagsmitgliedern sehr erleichtert, wenn nicht ausgeschlossen ist. Die Reichsliste ist ebenfalls eine Neuauflage.

**Ein Reichs-Erdbeben.** Ein amtliches Telegramm aus Windward meldet folgende Verläufe unserer Truppen: Gefallen in dem Gebiet bei Gochas: Gefreiter Gustav Gradow, geboren in Posenberg in der Mark. Leicht verwundet in dem Gefecht bei Groß-Kabas vom 2. bis 4. Januar; Gefreiter Richard Robins, Gefreiter Robert Berger; im Gefecht bei Gochas am 3. Januar: Gefreiter Wilhelm Kroll. Am 1. Januar geboren: Ritter Franz Thiemitz.

**Ämliche noch unabhängige Maßnahmenprojekte des Reichs.** „Ämliche noch unabhängige Maßnahmenprojekte des Reichs“ sind bis zum Reichsgericht über die Rechte auf Abrechnung der eldenbürglichen Richter schlicht geworden.

**Die Arbeiter-Versammlungen in München.** Bei den Arbeiter-Versammlungen, die sich auf dem Sendlinger Tor-Platz wiederholten, wurden eine Anzahl Leute wegen Verstoßes gegen die Versammlungs- und „groben Unfugs“ festgenommen. Die Verhafteten wurden später wieder entlassen; sie werden aber, wie die schon früher Verhafteten, vor dem Strafgericht zu verantworten haben.

**In Rotweh.** Die Musikanten Günther und Boigt, die vom Magdeburger Oberbürgergericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, haben, wie die „Volksstimme“ meldet, am die Revision bezichtigt. Der Unteroffizier Heine hatte schon im Termin die Erklärung abgegeben, daß er sich mit dem Urteil zufrieden gebe.

### Ausland.

**100,000 Streikende in Petersburg!** In der russischen Hauptstadt greift der Zustand der Fabrikarbeiter in rasendem Maße an sich; die Lage ist sehr ernst. „Reichs-Posten“ berichtet aus Petersburg vom 18. Januar, man sieht in Petersburg rasender Streik. Morgen würden wahrscheinlich 100,000 Arbeiter streikfähig sein. Die Behörden haben alle Maßregeln getroffen, die Truppen bleiben konzentriert. Die Polizei

hat besondere Maßnahmen für die Sicherheit des Kaiserlichen Palastes getroffen, in dem sich die kaiserliche Familie aufhält. Die bevorstehenden Wahlen aufhält. Hier große Versammlungen, in denen Tag und Nacht Musik und Waffen herbeigeholt wurden, liegen infolge des Ausstandes still. Auch zwei Speisearien haben geschlossen, und morgen werden weitere folgen. Die Arbeiter versagen aber gütigende Streikende, um den Ausstand vier Wochen ausfallen zu können. Bis jetzt sind keine Protestkundgebungen zu verzeichnen gewesen, aber man befürchtet, daß der Konflikt durch politische Veränderungen kompliziert wird.

### Lokales und Provinziales.

Breslau, den 20. Januar.

#### Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung begann rein geschäftsmäßig. Herr Kunde, Herr Fahrman und Herr Ritter trugen ihre Sprüche vor und die Versammlung nahm wie üblich debatteloses Kenntnis von der geplanten Anstellung einiger Bureauwärter als Bureauhilfen. Auch die Fluchtlinien-Festsetzung für die Auenstraße, die Herr Boywode den Stadtvätern ans Herz legte, und die Staatsüberschreitung für das Magdalenen-Gymnasium, die Herrn Hamburger als Fürsprecher hatte, wurde lang- und klanglos genehmigt. — Da plötzlich erlebte die Versammlung ganz unerwartet das allerdings nicht mehr seltene Schauspiel einer

#### großen Sozialisten-Debatte,

die in des Wortes verwegener Bedeutung „vom Zaune gebrochen“ war, nämlich vom Zaune des Schießwerbergartens. Unser Genosse Schütz hatte nämlich das Referat über die Wahlrechtsvorlage zu erhalten, welche für die Ausdehnung des gemeinsamen Stammes eine neue Summe forderte. Bekanntlich wird der „Schießwerder“, trotzdem er städtisch ist und deshalb allen Bürgern zugänglich sein sollte, den sozialdemokratischen Arbeitern konsequent verweigert und der Wirt hat gelegentlich einer Anfrage erklärt, daß ihm von oben herab Unannehmlichkeiten bereitet würden, wenn er die Sozialdemokraten in sein Lokal aufnehmen würde. Angesichts solcher Zustände hätte ein besserer Sozialdemokrat vielleicht die Ablehnung der gedachten Vorlage empfohlen können, hinterlassen die Sozialdemokratie sicher kein Interesse an der sanfteren Herrichtung eines Lokales hat, das nur einem Teile der Bürgerklasse zur Verfügung gestellt wird. Der Genosse Schütz übte solche Rücksicht nicht, sondern er wies die Bewilligung der kleinen Summe, brachte jedoch im Anschluß daran die Sprache auf die parteiliche Behandlung, die gegen die Arbeiterschaft in dem städtischen Lokale geübt wird, und gab dem Wünsche Ausdruck, daß der Magistrat, der seine hohen Gehälter bekanntermaßen aus den Steuererträgen aller — also auch sozialdemokratischer — Bürger bezieht, zu seinem Teile dafür sorgen möge, daß städtische Lokale allen städtischen Einwohnern offen stehen.

Dieser friedliche Wunsch reizte den Ober-Bürgermeister Bender, der seinen Krater gegen die „Volksmacht“ und die Sozialdemokratie nicht mehr meilern konnte, zu einer Entgegnung, die mit dem Zaun allerdings nur in einem sehr losen Zusammenhang stand. Herr Dr. Bender behauptete nämlich, der Magistrat habe dem Wirt in seine Entschuldigungen nichts drein zu reden. Im übrigen solle die Sozialdemokratie sich erst mehr „kulturn“ und mehr die Grundsätze der Wahrsamkeit bei sich walten lassen, dann würde das Odium, das bisher auf der Partei lastete, wahrscheinlich weichen und die Bürger würden jedes Lokal nicht mehr ängstlich meiden, wo eben noch die Sozi vertrieben hätten. Diese im stärksten Tone hervorgerufenen Grobheiten lösten bei den Konferenz-Mitgliedern ein überaus lebhaftes „Bravo!“ aus. Genosse Schütz blieb dem streitigen Ober- und seinen herausfordernden Vorträgen die Antwort nicht schuldig. Er stellte fest, daß derselbe Oberbürgermeister, der hier unter dem Beifall der Reaktionsäre die Sozialdemokratie der Unwahrsamkeit gebe, sich noch vor einigen Wochen gegen die Unwahrsamkeit derselben Leute wehren mußte, die ihm jetzt Beifall sollten. Genosse Schütz bekräftigt aber auch auf das Entschiedenste, daß sozialdemokratische Arbeiter-Versammlungen mehr der „Kulturierung“ bedürften, als die Versammlungen der Antisemiten, Konservativen oder Freisinnigen, die im „Schießwerder“-Saale ungehindert tagen können.

Die letzte Bemerkung des Herrn Stein auf den Plan, den antisemitisch-militaristischen Beamten-Berichter, der durch eine Sozialisten-Entscheidung den Beweis erbringen zu müssen glaubte, daß in Wirklichkeit die bürgerlichen Gegner von sozialdemokratischen Arbeitern noch mancherlei lernen könnten. Dieser Herr Stein erklärte dem Sozialdemokraten, dem der „Schießwerder“-Wirt von bürgerlicher Seite angesetzt wäre, wenn er den Sozialdemokraten gleiche Rechte zubilligte, für ganz gerechtfertigt, denn die Sozialdemokraten hielten auch alle Welt und im übrigen sei es in sozialdemokratischen Versammlungen Sitte, — von Breslau allerdings wissen wir es nicht, in Berlin aber habe er es erlebt — daß die Gegner von den Sozialisten verprügelt würden!!

Dr. Bender, der Oberbürgermeister, der den Streit auf dieses Gebiet geführt, hatte nun noch mehr aus: Die „Volksmacht“, der Gemeinde-Arbeiter-Verband, Arbeiter-Sekretär Hehrlein, Stadtverordneter Schütz, Prämienkommission u. i. m., u. i. m. — alles kam durch und nacheinander zum Vorschein und unter dem Beifallsgelächter der konservativ-liberalen Bundesräte verfiel Herr Bender immer aufs Neue, daß die „Volksmacht“ systematisch die Wahrheit auf den Kopf stelle, — in den Gemeindearbeiter-Versammlungen — im Beisein von Schütz (!!) — lägen und Unhöflichkeit gegen den Magistrat vorgeworfen seien. Schütz hätte die Verpöndelung jeder Unhöflichkeit in der Debatte der Gemeindearbeiter richtig zu stellen. (Ein sonderbares Ansehen! In Reaktion der „Volksmacht“.) Aber der Sozialdemokratie und insbesondere der „Volksmacht“ laute es nur darauf an, die Leute zu verheizen. So haben die „Volksmacht“ und die Versammlungen der Gemeindearbeiter immer wieder die Behauptung verbreitet, er, Bender, habe den Arbeitersekretär Hehrlein einen „auswärtigen Heber“ genannt, während er in Wirklichkeit den Namen Hehrlein gar nicht genannt, dabei vielmehr an den Agitator Hehrlein vom Gemeindearbeiter-Verband gedacht habe. Hörtlich sprach Herr Bender auch von den Arbeiterausschüssen in den Betriebsbetrieben und meinte, daß es bei der Agitation des Verbandes allerdings schwer halte, diese Ausschüsse zu bilden. Die Resolutionen, die gegen den Magistrat gefaßt wurden, seien demnach, daß der Magistrat wahrscheinlich eine Anzahl von Teilnehmern am Verbande auf die Straße setzen würde und dann trage Schütz und sein Freund Hehrlein dafür die Verantwortung. (1) Kein Privat-Unternehmer lasse sich solche Agitation gefallen. (Lebhaftes Bravo!“ bei den Liberalen.) Auf diese Art Arbeiterfrömmlichkeit wurde der Herr Ober alsbald von unserem Genossen Löbe festgehalten, der ausdrierte, er wolle eine Ausrufung des Bürgermeisters zurückweisen, die in unsere Zeit durchaus nicht mehr paßt. Bender beklagte sich, daß sich die städtischen Arbeiter einen „Forum“ ausgesucht haben, der außerhalb der städtischen Betriebe steht. Ist das so etwas Wunderbares? Im das nicht alle wirtschaftlichen Organisationen. Suchen sich nicht die Landwirte, die Hausbesitzer und andere wirtschaftliche Organisationen ihre beliebigen Beamten zur Vertretung ihrer Interessen? Das hat Herr Oberbürgermeister diesen Organisationen zugestimmt, das wird er schließlich auch den städtischen Arbeitern erlauben müssen. Herr Freund Hehrlein war in Hamburg Staats- und Gemeindeangehöriger, konnte also die Arbeit nach den Lebensverhältnissen dieser Leute gehen und wurde nach seiner Überzeugung nach Breslau von den städtischen Arbeitern erjagt, ihre Sache zu führen. Die dem Wunsch ist er nachzukommen. Daß sich die städtischen Arbeiter solche Wortführer suchen, ist besonders erklärlich, wenn man die Drohung des Bürgermeisters hört, daß er unter Umständen Gemeindearbeiter wegreißeln wird, wenn ihm das Verlangen derselben unabweisbar, drück- oder vielleicht gar frivol erscheint. Wäffen sich

die städtischen Arbeiter nur unter solchen Umständen sich ein? Ebenso unbillig ist die Stellung des Herrn Ober-Bürgermeisters zu den Arbeiterausschüssen, aber nur so lange, als er erwarten darf, daß ihm genehme Leute in die Ausschüsse gewählt werden. Das ist keine wahre Frömmlichkeit, sondern eine falsche. Herr Stein wie Herr Oberbürgermeister könne Redner versichern, daß es in unseren Versammlungen sehr anständig ist. In den Gemeindearbeiter-Versammlungen, die hier angesetzt werden, hat der Sekretär Hehrlein nie schärfer gesprochen, als die Arbeiter selbst. Das können die Herren hier bezeugen, die solchen Versammlungen schon beigewohnt haben. Im Gewerkschaftshaus gibt es keine Prügeleien, davon kann sich Herr Stein jeden Tag überzeugen. Die Leute, die dort verkehren, sind eben so anständig, wie alle, die hier auf diesen Danksitzen sitzen.

Genosse Schütz ließ sich Herr Stein noch besonders vor. Der Herr habe wohl die antisemitischen Pöbel-Verfammlungen mit sozialdemokratischen verwechselt. In den antisemitischen Rabaukveranstaltungen kommen allerdings Prügeleien vor, bei Sozialdemokraten sei das ausgeschlossen. (Herr Stein rief: „Dresdener Parteitag!“) Ach, gehen Sie doch mit dem Dresdener Parteitag, was verstehen Sie von solchen Dingen! Redner erklärt, daß er doch nicht „der Gemeindearbeiter-Verband“ und nicht die „Volksmacht“ sei. Wenn man glaube, daß er überall den Ton anbebe, so kenne man von den tatsächlichen Verhältnissen sehr wenig.

Bürgermeister Meißel fühlte sich veranlaßt, „festzustellen“ — damit die „Volksmacht“ nicht morgen wieder das Gegenteil behaupte — daß Herr Hehrlein etwa zur Agitation vom Gemeindearbeiter-Verband nach Breslau entsandt worden sei. Das geht aus einem ihm zugesandten Bericht des Berliner Arbeiterkorrespondenten hervor. (Das ist mindestens eine objektive Unwahrheit, Herr Meißel! Red. d. „Volksw.“) Zwischen durch erklärte Herr Heilberg die den Freisinnigen augenscheinlich unangenehme Debatte wieder auf den Schießwerder-Jaun zurückzuführen. Es gelang ihm das aber nicht, denn seine freisinnigen Freunde können weder Herrn Stein noch Herrn Bender meilern, welche letzterer immer wieder auf die „Verbrechungsstände“ der „Volksmacht“ losließ und, als ihm von Schütz vorgehalten wurde, daß er ja vor kurzem die „Schlechte Zeitung“ ebenso habe bekämpft müssen, erklärte er, daß die „Schlechte“ sich der „Volksmacht“ würdevoll anbeile! Nachdem solcher Weise die Debatte schließlich ausgedehnt hatte, wurde schließlich die Herrichtung des Schießwerdergartens einstimmig genehmigt.

Hierauf folgten einige weniger wichtige Vorlagen.

Zwischen der Strombauverwaltung und der Stadt Breslau ist ein Vertrag über die Benutzung des „Hafelidweg“ genannten Promenadenwegs abgeschlossen worden, an welchem der Referent, Stadtv. Kallhorn, nur auszufragen hat, daß den dienlichenden Annehmlichkeiten der Verwaltung das Nachfahren auf dem Damm gestattet ist. Um Unfallsfälle zu verhindern, die für die Stadt Nachteil mit sich bringen, wäre ihm ein vollständiges Verbot des Nachfahrens erwünscht, während Stadtv. Kallhorn im Gegenfall die Freigabe des Damms für Nachfahrer wenigstens während gewisser Vormittagsstunden wünscht. Nachdem vom Magistratsratliche aus erklärt war, daß sich die Strombauverwaltung auf Änderungen kaum einlassen werde, beschränkt sich die Versammlung darauf, dieser Vorbehalte den Wunsch vorzulegen, das Nachfahren möglichst eingeschränkt und die Berechtigten deutlich kenntlich zu machen.

Außerdem wurde beschlossen, daß für Dürrog und Gerda in die Grundbesitzer nach dem gemeinen Wert nur zur Hälfte erhoben wird und zwar bis zum Jahre 1914.

Eine zweite erregte Debatte knüpfte sich an eine ebenso harmlos scheinende Vorlage, als die betr. den Schießwerder-Jaun an, die eine unwesentliche Abänderung des Verzeichnisses der Elemente herbeiführen wollte. Bei derselben magte sich der Stadtverordnete Singer in die Arena, der die schon früher vorgebrachten Argumente über das Rathaus wiederholte und in allerdings abgeschwächter Form die überflüssige Verwendung von Personal, die Verschwendung von Geldern und Verschleierung des Status vorwarf, sich dagegen gegen die geplante Herabsetzung der Leihgebühren wandte. Zunächst begegnete ihm die Stadtv. Biller und Haber in durchaus treffender und sachlicher Weise. Der Biller hob in sympathischer Weise hervor, daß das städtische Rathaus kein profitables Geschäft, sondern ein gemeinnütziges Institut sein soll, das in gewissem Sinne die Armenpflege unterstütze. Als Herr Singer und sein „Getreuer“, der konservative Herr Stein, sich weiter an durchaus falsche und unlogische Behauptungen klammerten, rief Herr Stadtrat Rosenbaum eine kühne Attacke gegen ihn und legte ihm mit seinen klaren und zuverlässigen Daten glatt um. Ihm folgte der Herr Ober selbst, der mit seltener Festerlichkeit und großem Nachdruck betonte, daß er bei einer Fortsetzung der Singer-Stein'schen Agitation gezwungen sei, die Vertrauensfrage zu stellen und eventuell samt dem Magistrat die Verwaltung der Stadt niederlegen müsse. Das war ein wenig starker Tobal für die konservativen Herren, die eben noch dem Ober zugejubelt hatten, als dieser gegen die Sozialdemokraten dieselben Vorwürfe erhob. Die Herren sahen dann auch wie begoffene Pöbel da und Genosse Löbe versäumte nicht, sie schadenfroh auf die tragikomische Rolle hinzuweisen, die sie jetzt spielen mußten. Inzwischen besorgten die Stadtverordneten Dettinger und Heilberg die weitere Abfuhr der Sozialistenrefere, während sich der Stadtv. Stein mit gutem Erfolge bemühte, seinen Freund noch tiefer hineinzureiten. Erst gegen 8 Uhr gingen die Stadtboten auseinander, die Liberalen in dem erhebenden Bewußtsein, daß sie den konservativen Emporkömmlingen mit vereinten Kräften noch einmal einen Sieg abgerungen hatten. Doch — auch die Herren werden wiederkommen, genau so wie wir!

#### \* Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder

hat in diesem Jahre bis spätestens Ende März zu geschehen, und zwar sind alle Kinder anzumelden, die bis zum 30. September 1905 das 6. Lebensjahr vollenden. Die städtische Schuldeputation veröffentlicht folgende Aufnahme-Regeln: Sollte der körperliche oder geistige Zustand eines Kindes zu ernstern Bedenken gegen seine Beschäftigung in der Schule Anlaß geben, dann ist unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses die Befreiung von der ordnungsmäßigen Einschulung bei uns nachzusuchen. Auch in dem Falle, daß schulpflichtige und schulfähige Kinder zunächst häuslichen Unterricht erhalten sollen, ist uns dies und zugleich anzuzeigen, wo er erteilt wird. In weiteren ist zu beachten, daß eheliche Kinder nur dann in einer anderen als der väterlichen Konfession erzogen werden dürfen, wenn der Vater hierüber eine schriftliche Willenserklärung abgibt. Diese Erklärungen sind für die Schulen unseres Amtsbezirktes (höhere und mittlere Mädchenschulen, Volks- und Privatschulen) nach Anordnung der städtischen Regierung bei uns (im Magistratsbureau IVa.



Wartenstraße 8, Gartenhaus 3. Stock, Zimmer 80) zu Protokoll zu geben.

Nach dem Tode des Vaters schulpflichtig werdende eheliche Kinder sind stets in dem väterlichen Testamentsvermerk zu erklären. Bei unehelichen Kindern ist die Konfession der Mutter für die religiöse Erziehung maßgebend, solange sie nicht durch nachfolgende Ehe legitimiert sind, weil dann die Konfession des Vaters bestimmend ist.

Die Anmeldung der in die Volksschulen aufzunehmenden Kinder muß alsbald, jedenfalls aber noch vor Ablauf des Monats März bei derjenigen Konfessionsschule, die der Wohnung der Eltern oder Pfleger am nächsten liegt, innerhalb der von dem betreffenden Schulleiter durch Anschlag im Schulhause bestimmten Amtsstunden erfolgen.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen:

- a) die Geburtsurkunde,
- b) (bei Kindern christlicher Eltern) der Taufschein (der übrigens für die Konfession des Kindes nicht bestimmend ist) und
- c) der Impfschein.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß auch für den Unterricht der blinden und taubstummen Vernaufänger in besonderen Kursen Sorge getragen wird. Diese Kinder sind ebenfalls bei dem betreffenden Schulleiter unter Vorlegung der erforderlichen Zeugnisse anzumelden.

**Arbeiter Breslau!** Nachdem die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands die organisierte Arbeiterschaft aufgefordert hat, die Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter in der umfassendsten Weise zu veranstalten, teilen wir hierdurch mit, daß bereits gestern Sammellisten ausgegeben worden sind, welche den Stempel des Gewerkschaftslokals Breslau tragen.

Die Gelder sind beim Kassierer Karl Gläsel, Grünstraße 14/16, und im Arbeiter-Sekretariat, Messergasse Nr. 18/19, abzuliefern. In beiden Stellen können auch weitere Kassen in Empfang genommen werden.

Die Quittung über die eingegangenen Gelder erfolgt öffentlich durch die „Volkswacht“. 800 Mark sind bereits für die Ausständigen nach Bochum abgefaßt worden.

Der Vorstand

des Gewerkschafts-Kartells Breslau.

**24stündige Sonntagsarbeit.** Bekanntlich ist im Mühlengewerbe die Arbeitszeit noch immer eine ungewöhnlich lange. Sie wird auch nicht durch längere Pausen unterbrochen. Hierzu kommt noch, daß Windmühlen und solche Wassermühlen, die an Wasserläufen mit unregelmäßiger Kraft gelegen sind, sich an 26 Sonntagen im Jahre im Betriebe befinden dürfen. Leider rechnet man die Ober selbst in der Gegend von Breslau noch zu solchen Wasserläufen, die den daran gelegenen Mühlen nur unregelmäßige Kraft liefern.

Von allen Breslauern Mühlen aber sind es nur zwei, deren Besitzer auf ihr Privilegium, die Arbeiter an sechsundzwanzig Sonntagen beschäftigen zu dürfen, nicht glauben verzichten zu können. Während alle anderen Mühlen an Sonntagen stets still stehen, klappern die Zwandmühle (Clarenmühle I) und die Schäfermühle (Clarenmühle II) lustig weiter. Seit Jahren bemüht sich die hiesige Zahlstelle des Müllerverbandes um die Beseitigung dieses Unfugs, doch ist nur erreicht worden, daß die Sonntagsarbeit laut den in den Jahren 1901/3 vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Verträgen als siebente Schicht in der Woche besonders begahlt wird und zwar mit 15 Prozent Aufschlag, während sie früher schon im Wochenlohn mit inbegriffen war. Laut Vertrag soll die Schicht an Sonntagen 12 Stunden betragen; in der Zwandmühle aber, deren vertretungsberechtigter Inhaber der Kaufmann Rudolf Zwand ist, der nebenbei noch die Nemier eines Vorsitzenden des Ortskrankenkasse der Müller, Bezirksvorstehers und Wasserrats bekleidet, wird verlangt, daß die Arbeiter an den sechsundzwanzig Sonntagen je 24 Stunden hintereinander arbeiten. Kürzlich erst wurden zwei Arbeiter dafelbst entlassen, weil sie verlangten, daß an Sonntagen die Schicht wenigstens nicht länger sei, als an den übrigen Werktagen. Herr Zwand ist der Ansicht, er habe das Recht, an Sonntagen arbeiten zu lassen und so lange er die Arbeiter hierfür bezahle, hätten ihm diese in nichts etwas dreinzureden. Die Organisation der Müller kommt hoffentlich mit der Zeit in die Lage, auch Herrn Zwand gegenüber beweisen zu können, daß der Arbeiter hinsichtlich seiner Angelegenheiten auch mit zu raten hat und durchaus nicht immer der Wille des Unternehmers maßgebend zu sein braucht.

**Kunstgewerbeverein.** Die Laternenbilder „Aus Alt-Breslau“ von G. Goeß (in Firma Ed. van Delden), die am 20. d. Mts. im Vortragslokal des Kunstgewerbemuseums, Abends 8 1/2 Uhr, mit einem erklärenden Vortrage von Dr. Buchwald vorgeführt werden, zeigen alle Bauwerke Breslaus, die schon abgebrochen sind, oder demnächst abgebrochen werden sollen. Den alten verschundenen Bauten sind größtenteils die neuen gegenübergestellt, die sich jetzt an ihrer Stelle erheben. Mit dem Vortrage verbunden ist eine kleine Ausstellung von Bildern aus „Alt-Breslau“ aus der Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums.

**Sinnlos — aber verurteilt!** Am hellen Nachmittage des 12. Septembers v. J. lag der Arbeiter Max Weigert in hartmütigen Zustände auf einer Bank am Striegauer Plage. Ein Schutzmann trat an ihn heran und erwiderte ihm, daß dies unzulässig sei; die Bänke seien nur zum Sitzen da. Durch diese Zurechtweisung wurde der betrunnene Mensch so angebrocht, daß er wackelnd auf dem Plage herumfiel. Wütend zog er ohne jede Veranlassung ein Messer aus der Tasche, stürzte auf einen harmlosen Passanten, der ihm nicht das geringste zu leide getan hatte, los und verfrachte ihm einen Stich in die Brust, daß der Getroffene sofort zusammenbrach. Die Folgen der schweren Verwundung sind jetzt noch nicht völlig beseitigt. Weigert wurde sogleich verhaftet, leugnete aber dem Schutzmann gegenüber, der die sehr schnell sich abspielende blutige Szene mit eigenen Augen angesehen hatte, sehr entschieden, den Mann gestoßen zu haben und überhaupt ein Messer zu besitzen, bis ihm das selbe, noch angeklappt und mit Blut bedeckt, aus der Tasche gezogen wurde. Auch in der Past benahm er sich so auffällig, daß eine Untersuchung seines Geisteszustandes für notwendig erachtet wurde. Der Gefängnisarzt, Medizinalrat Dr. Mathes, gab jetzt in der Hauptverhandlung vor der zweiten Strafkammer sein Gutachten dahin ab, es sei wahrscheinlich, daß Weigert die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande sinnloser Tatenverrichtung verübt habe. Der Gerichtshof erachtete trotzdem den Angeklagten, der wegen einer anderen Messeraffäre schon mit einem Jahre und neun Monaten vorbestraft war, für schuldig und verurteilte ihn unter Einziehung des Messers zu zwei Jahren Gefängnis.

**Eine Wäckererversammlung** tagte am Dienstag Nachmittags im Gewerkschaftshause. Genosse Radlof hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Rußland und sein Verbannungs-

system“. Dann erfolgte die Neuwahl der Kartellbesitzer, die auf die Kollegen Bogat und Wache entfiel. Nach Erzielung einiger Verhandlungserfolge erfolgte Schluß der Versammlung.

**Die Krankenkasse der Maurer „Bruderkreis zur Einigkeit“** hielt am Dienstag Abend im Gewerkschaftshause ihre Monatsbesprechung ab. Die vom Kassieren Wende erstattete Jahresabrechnung ergab eine Einnahme inkl. Restenbestand von 2499 69 M., eine Ausgabe von 2188 76 M., so daß ein Ueberschuß von 310 93 M. verbleibt. Es wurde Entlastung erteilt. Die teilweise Neuwahl des Vorstandes ergab: Zum stellvertretenden Revollmächtigten Seibt, zum Kassieren Wende, zu Revisoren Beyer und Müschke. Wende fordert zum Schluß die Mitglieder auf, ihre Kinder und solche auch Mithauer in die Kasse aufzunehmen zu lassen. Die Bedingungen seien leicht erfüllbar (10 Pf. Monatsbeitrag) und die Vorteile in Krankheits- und Sterbefällen günstig.

**Unfall verunglückt.** Der 45 Jahre alte Arbeiter, der am 12. d. M. Nachmittags auf der Oberstraße durch einen Motorwagen umgefahren worden ist und schwere Verletzungen des Brustkorbes erlitten hatte, ist diesen Verletzungen im Alterheim des Ostwall erlegen.

**Ersttoren aufgefunden** wurde am 18. d. M. auf einer Wiese an der Hundsfelder Chaussee ein Arbeiter namens Gottlieb Hartmann. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

**Unfall Getb.** Am 16. d. M. Abends hat ein Droschkentrittscher von einem unbekanntem Fahrgast ein Zwangsmarkstück anstatt eines Einmarkstücks in Zahlung erhalten.

**Schwindlerin.** Am 12. d. Mts. kam eine etwa 28 Jahre alte weibliche Person, die sehr elegant und sicher auftrat, in ein Wäschegeschäft auf der Schmeidebrücke und wählte sich Wäsche im Werte von über 100 Mark aus. Da sie erklärte, nicht genügend Geld mit sich zu haben, bat sie, ihr die Wäsche nebst quittierter Rechnung in ihre Wohnung, Sonnenstraße 5, zu senden. Ehe sie ging, nahm sie schnell noch Spitzen im Werte von 4 50 Mark an sich und erfuhr, diesen Betrag mit auf die Rechnung zu geben. Als dann später die Wäsche abgeholt werden sollte, war die Empfängerin in dem Hause nicht zu finden. Es war ihr nur darum zu tun gewesen, sich die Spitzen zu erkwindeln.

**Gehtöhlen** wurde einer Dame in einem Warenhause ein Postmonnaie mit 3 50 M. und aus der Westtasche eines Bötzchermessers mittels Einbruchs 50 Blargen. Ferner wurde einer Handwerkerin auf dem Ringe ein Handwagen und einem Arbeiter aus einer Paulstraße auf der Gabelstraße ein Ueberzieher entwendet.

**Polizeiliche Melbungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 18. d. M. 28 Verurteilte eingeliefert. — Abhandelt kamen: ein goldener Ring mit einem Saphir, ein Korallenarmband und ein Postmonnaie mit 15 M.

**Glogau, den 20. Januar.** Antisemitische Feindschaft. Gegen den Maulhelden und Drehschraube Müller stand gestern vor dem hiesigen Landgericht Termin wegen Mordmissetaten. Der Graf war nicht erschienen und hatte sich schriftlich mit „vollständiger Neuwengerrichtung“ entschuldigt, für welches er künftliches Zeugnis bringenden wollte. Auf eine telefonische Anfrage berichtete jedoch das Berliner Polizeipräsidium, daß Graf Müller gestern Abend einer öffentlichen Versammlung beigewohnt, aber nicht gesprochen habe. Das Gericht beschloß infolgedessen, einen neuen Termin anzuberaumen und zu diesem den Grafen Müller vorzuführen zu lassen.

**Reise, 19. Januar.** Ein Gefesselter vor dem Kriegsgesicht. Aus der letzten Sitzung des Kriegsgesichts berichtet die „N. Z.“:

Der Kanonier Josef Snorany vom hiesigen Feldartillerie-Regiment, der bereits zweimal wegen unerlaubter Entfernung bestraft ist — beide Male verbar er sich in einer Scheuer der Mährengasse, tötete dort Hühner und verzehrte Teile davon roh — war wieder wegen Fahnenflucht und schweren Diebstahls angeklagt. Der Angeklagte, ein Kohlenknecht aus Dobrosz, erschien am 2. Dezember entsetzt, war bis zu einem Strohdächer gekommen und dort über Nacht geblieben. Seitengewehr und Leberzeug ließ er dort stehen und wanderte weiter bis an eine Scheune, wo er wieder übernachtete. Hier entdeckte er ein Loch, welches nach dem Boden führte. Er kroch hindurch und entwendete vom Boden einen Ueberzieher, mit dem er sich bekleidete. Beim Weiterwandern traf er auf einen Truny Zigaretten und verkaufte diesen Rock und Mütze für eine Mark. Am 11. Dezember meldete er sich, da ihm die Kälte lästig wurde, beim Gemeindevorsteher in Ringwitz und wurde von dort aus nach seinem Truppenteil überführt. Snorany, der im Zivilleben wegen schweren Diebstahls, Verleumdung und Bedrohung schon erheblich vorbestraft ist, wurde heute wegen unerlaubter Entfernung und einfachen Diebstahls sowie Preisgabe von Dienstgegenständen zu einem Jahre Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

**Militär-Justiz!** Bürgerliche Richter hätten zweifellos den Mann zuvor auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen.

**Reise, 19. Januar.** Ein Opfer seiner Eitelkeit. Bei der Probe-Mobilmachung einer Batterie des Feldartillerie-Regiments von Clauswitz in Reife eignete sich der Kanonier Anton Scheja, von Berni Racht, einen Rock und eine Hufe an, um Sonntag in möglichst vortheilhafter Uniform sich präsentieren zu können. Die Sache kam aber heraus und führte zu seiner Festnahme. Scheja entfernte sich am 14. November von der Wache, wo er siliert war, heimlich und wurde einige Tage später in Reizig auf einem Heuboden entdeckt. Frau Klose in Reizig gab ihm zu essen und riet ihm, sich seinem Regiment wieder zu stellen und Bauerntschreiber Müller begleitete ihn bis in die Stadt. Scheja wollte über die Mauer in den Kasernenhof gehen, wie er seinem Begleiter versprochen hatte, schämte sich aber und bogte umher, bis er von einem Unteroffizier seines Regiments in der Stadt getroffen und verhaftet wurde. Er erhielt heute wegen Diebstahls und unerlaubter Entfernung eine Gesamtkasse von 3 Monaten Gefängnis und 2. Klasse.

**Neujahr O-S., 18. Januar 1905.** Am 15. d. M. fand in diesem Jahre die erste antebelagte Versammlung des Wahlvereins statt. Vor Beginn in der Tagesordnung wies Genosse Hanisch darauf hin, wie das Proletariat trotz der angestrengtesten Tätigkeit und erhöhter Entbehrungen mit leeren Händen in das neue Jahr eintreten müsse. Es sei die Pflicht jedes denkenden Arbeiters, ein gut Teil seiner Kraft mit einzusetzen für den Ausban anderer Organisation und den Kampf zur Verbesserung unserer Klassenlage, damit wir am Jahreschlusse mit Behriedigung auf unsere Arbeit und Mühe zurückschauen können. Genosse Ritter sprach über die Wohnungsfrage und das Landtagswahlrecht, mit einem Rückblick auf diese Verhandlungspunkte des Parteitaags. Genosse Hanisch erinnerte an den Spruch unseres alten Liedes: „Wissen ist Macht!“ Gerade die heutige Schule sei am ungeeignetsten, die breiten Massen des Volkes mit dem Wissen anzufüllen, welches für ihr weiteres Fortkommen im Kampfe ums Dasein unumgänglich notwendig sei. Waff und Junker seien darin einig, daß der kümmerliche Arbeiter der beste sei. Hier müssen die Sozialdemokraten die bessere Hand anlegen. Das Kontraktbruchgesetz zeige, wie das Junkertum bestrebt sei, die schon hemt rechtlose Landarbeiterschaft noch gefährlicher und kuschlicher zu machen. Trotzdem es schwer sei, unseren Ideen auf dem Lande Eingang zu verschaffen, müssen wir doch versuchen, durch rasche Agitation auch das Landproletariat für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Genosse Bösch führte aus, von dem Staat sei hinsichtlich der Wohnungsfrage keine Besserung, eher eine Verschlechterung — wie Reuter dies im ober-schlesischen Industriegebiet als Grubenarbeiter am eigenen Leibe erfahren konnte — zu erwarten. Die Lösung dieser Frage sei eher Sache der Kommunen. Genosse Keder meinte, vom heutigen Staat sei zwar nicht viel zu erwarten, daß aber Preußen als erster und größter Kulturstaat Deutschlands allen anderen mit der Föhung von solcher Kulturaufgaben vorangehen müsse, wenn es mit Recht den Ruhm beanspruchen wolle, nach dem Worte „Preußen in Deutschland voran“, der erste deutsche Staat zu sein. Genosse Christ wies darauf hin, daß auch von den Kommunen heute wenig zu erlangen sei, da diese mehr für die Interessen der Hausbesitzer als

für die der Arbeiter zu haben seien. Genosse Bösch wies auf die ungewöhnliche Situation im Ruhrrevier hin, wo die Grubenbesitzer — denen auch zum Teil die Arbeiterwohnhäuser gehören — die für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter mit ihrer Familienangehörigen aus den Wohnorten treiben. Schließl wurde noch die Frage „Wie stellen sich die Genossen zur Sammlung statistischen Materials nach dem Muster der Arbeiter- und Gewerkschafts-Statistik?“ dem Vorschlag zur Erzielung abgewiesen. W einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Hanisch die verlaufene Versammlung.

**Kattowitz, 19. Januar.** Ueber allerliebste ober-schlesische Schulzukunft wird dem „Ober-schles. Tageblatt“ geschrieben: „Verunglückt durch einen Fall an einer glatten Stelle des Hofraumes bei seiner Wohnung in Brynow ist am Donnerstags Abend der Lehrer L. zu Kattowitz verstorben. Eine Verhinderung seiner Sehnergerung des Fußgelenkes war die Folge des Sturzes, so daß ärztliche Hilfe erforderlich wurde. Wie verlaute, soll die Verstellung des Verunglückten einen längeren Urlaub notwendig gemacht. In Kattowitz haben dann während der bobard erforderlichen Vertretung 3 Lehrer 6 Klassen zu unterrichten. Bei solchen Schulzuständen sind sowohl die Kinder wie auch die Lehrer zu bebauen. Obgleich zum 1. April v. J. die 6. Klasse eingerichtet werden mußte, lehnte die Patronats Herrschaft die Errichtung einer 6. Lehrerstelle ab. Der leidige Schulstreit zwischen der Gemeinde Brynow und der Stadt Kattowitz soll die Ursache sein. Von einer enthaltigen Entscheidung in diesem Streite hört man immer noch nichts. Zu bewundern ist nur, daß die vorgelegte Behörde bei solchen Zuständen keine Aenderung oder schnellere Entscheidung herbeiführt. Die Patronats Herrschaft ist für das Schulwesen ein Hemmnis. Daß die selben vor Zahlungen, von denen sie keinen direkten Vorteil haben sich sträuben, ist wohl erklärlich. Ein großer Teil an dem Lehrermangel kommt der Patronats Herrschaft zu, die oft mit Scheingründen die Aufbesserung der Lehrergehälter ablehnt.“

**Aus der Provinz Posen.**

**Posen, 18. Januar.** Achtung, Genossen! Sonntags die Verbreitung der „Volkswacht“ und verläumt nicht die Sitzung des Wahlvereins zu besuchen. Sangeslustigen Sängern ist Gelegenheit geboten, im Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“ manch stimmungsvolle Arbeiterlied zu erlernen.

**Posen, 18. Januar.** Die Affäre Medenwald bildet hier immer noch das Hauptgespräch. Die Polizei soll eifrig nach dem Vermissten suchen, auch hat der Vater des Verhafteten eine Belobung von 100 Mark auf die Auffindung seines Sohns ausgesetzt.

**Bromberg, 18. Januar.** Konferenz der organisierten Flößer. (Zweiter Verhandlungstag Sonnabend, d. 14. Januar.) Der Vorsitzende des Flößer-Verbands, J. Dering, Hamburg referierte zunächst über das Thema „Reorganisation im Arbeitsverhältnis“. Er führte etwa folgendes aus: Die Unternehmern sind bestrebt, eine Aenderung im Arbeitsverhältnis zu schaffen. Zwei Projekte sind dabei aufgetaucht: 1. Verlegung der Expeditionsstelle Weiskönigs zur neunten Schlenk. 2. Fortfall der Zwischestation, direkte Verlegung vom Hafen Brabantmünde. Da die Flößer bei der Umwälzung der Betriebsform zunächst in Frage kommen, so haben sie ein hohes Interesse daran, die Möglichkeit des Durchführens der Projekte zu beraten. Diese Zwecke wird die Konferenz in der Hauptsache dienen. Dering spricht die Verhältnisse der jetzigen Betriebsform sehr eingehend. Er betont bekannt geordneten Projekten vermag er sich nur theoretisch zu äußern. Die Aussprache vom praktischen Standpunkt in Verbindung mit der Durchführbarkeit überlasse er den Flößern, da es als Sachversteher eine entscheidende Meinung haben.

Eine recht lebhaft sachliche Diskussion knüpfte sich an die Ausführungen. Das Resultat wurde in einer Resolution festgelegt, welche ausdrückt, daß eine Aenderung im Betriebe auf der Grundlage möglich sei, wenn die Expeditionsstellen zusammengefaßt und nach der neunten Schlenke verlegt wird. Dagegen halten die Flößer es für unmöglich, die direkte Verlegung vom Hafen aus einzuführen, da die Weiskönigs zur Aufrechterhaltung des Betriebes in dieser Form nicht ausreichen.

Weiter von Wichtigkeit ist ein Antrag, welcher verlangt, daß zur Aenderung der Krompoltzischen Vorschriften — solche sind gegenwärtig bei der Regierung in Bearbeitung — die Arbeiter gebührend zu hören. Umso mehr da bekannt geworden ist, daß die Unternehmern als Begutachter durch einen Vertreter bereits gehört worden sind. Nachdem noch einige interne, den Arbeitsvertrag betreffende Angelegenheiten zur Erledigung gelangten, wurde die Konferenz nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Stöbel geschlossen.

**Bromberg, 19. Januar.** Eine aufsehenerregende Freisprechung. Das Oberkriegsgericht verhandelt in der Berufungsinstanz wegen Mißhandlung eines Unteroffiziers gegen den Wachmeister der 6. Batterie des 17. Feldartillerieregiments. Der Angeklagte war feinerzeit vom Kriegsgesicht weil er den Kanonier Göbe in der Schreibstube durch Schlägen in's Gesicht mißhandelt hatte, zu 7 Tagen Arrest verurteilt worden. Ganz erregt kam damals nach jener Szene der Unteroffizier G. in die nebenan liegende Mannschaftsstube, erzählte, daß der Wachmeister ihn geschlagen hätte und wies hierbei auf sein Gesicht, auf dem sich ein roter Fleck zeigte. Auch noch andere Umstände wies er darauf hin, daß die Aussagen des Zeugen G. der Wahrheit entsprächen und das Kriegsgericht erachtete auch die Schuld des Angeklagten für erwiesen und verurteilte ihn zu 7 Tagen gelinden Arrests. Gegen diesen Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, indem er behauptete, er hätte G. nicht ins Gesicht geschlagen, würde er dies getan haben, so hätte man auf G.'s Gesicht nicht nur einen Fleck, sondern die Abdrücke von seinen, des Angeklagten, fünf Fingern sehen müssen. (?) Die Belastungszeugen gaben ihre Aussagen wie im Termin vor dem Kriegsgericht ab. Es erfolgte aber Freisprechung des Angeklagten, und zwar auf Grund des — Leumundszeugnisses des Hauptmanns der Batterie, das sehr günstig lautete, während andererseits das Zeugniszeugnis des Stabstrompeters über Göbe (welcher früher dem Trompeterkorps angehört hatte) ungünstig ausfiel.

**Bromberg, 18. Januar.** Rekognosziert. Die am 16. Dezember v. J. an der zweiten Schlenke angeschwemmte Leiche ist jetzt erst festgestellt worden, daß es die des 31-jährigen Rentempfangers Christoph Golte aus Suczyn, Kreis Thorn, ist.

**Kleine provinzielle Nachrichten.**

In der Fabrik von Meyer-Kaufmann in Ober-Thannhausen verunglückte der erst 14 Jahre alte Arbeiter Hagemann beim Fahrstuhl zu Tode. Erhängt hat sich dort der frühere Spinnereiarbeiter Kaufmann, ein schon bejahrter Mann. — Das Gerücht einer Bluttat in Westfalen hatte sich seit Montag wie ein Lauffeuer verbreitet. Der Umstand, daß es ein jüdischer Läufer aus Galizien sei, der ein zehnjähriges christliches Schulmädchen ermordet haben sollte, gibt zu den unheimlichsten Kombinationen Veranlassung. Das ganze Gerücht ist aber nur auf den groben Unfug einer Frau zurückzuführen, die ausheilen mußte, wie ein jüdischer Händler ihre ungezogene Tochter ausheilen wollte, weil ihn diese mit Schnee und mit auf der Straße herumliegenden Kesseln genossen hatte. In ihrer Wut kannte sie keine Grenzen und beschworente dem jüdischen Händler des bedächtesten ihres Kindes. Gegen die Frau ist Strafamtung wegen groben Unfugs gestellt worden.



# Neueste Nachrichten.

## Der Partikularismus im Zarenhof.

Das „Resterische Bureau“ meldet aus Petersburg nur bereits bekanntes: Gerade als Kanonendonner die Gabe der Feier der Wasserweibe ankündigte, wurde in ein Fenster der Nikolajewskaja des Winterpalais geschossen; es wurde niemand verletzt. Die Kugel geschmetterte die elektrischen Lampen auf der anderen Seite der Halle; die Lampen fielen zu Boden.

Freiwillige Meldungen aus Petersburg besagen, daß die Mannschaften aller an der geführten Feier beteiligten Batterien sofort in strengen Marsch genommen worden sind.

## Die Proben.

Die Weigerung des bergbaulichen Vereines sowie einzelner Besen, in direkte Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter einzutreten, rührt, wie man der „P. H.“ aus Dortmund berichtet, große Erregung namentlich deshalb hervor, weil das Ober-Bergamt die Besen gebeten hatte, Vermittlungsversuche anzubahnen; die Vertreter der Besen waren jedoch in der Konferenz nicht erschienen. Die Kommission der Arbeiter entfernte sich, nachdem sie ihren schriftlichen Bericht über die Verhältnisse niedergelegt hatte.

## Meteorologische Beobachtungen

### der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit.

(Mittelsuropäische Zeit plus 8 Minuten.)

Januar 19., 20.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	-0.4	-7.5	-11.8
Luftdruck bei 0° (mm)	758.2	760.8	761.8
Quecksilber (mm)	2.5	2.0	1.5
Feuchtigkeit (pCt.)	85	81	85
Wind (Richtung)	D. 2.	D. 4.	SO. 2.
Wetter	bezo-gen.	beiter.	beiter.

Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 13,5 mm hinzuzufügen.

## Ständesaamtliche Nachrichten.

Vom 17. Januar.

Geburten. I. Kontorist Arthur Moisyweja, ev., T. - Rabrit- und Mitterausbeher Georg Schoeller, ref., T. - Schlosser Paul Dackauf, kath., S. - Schuhmacher Paul Thaler, kath., T. - Goldschmied Max Grobmann, ev., T. - Arbeiter Wilhelm Prabl, ev., S. - Oberfeuerwehmann Franz Kubert, kath., S. - Metall-dreher Karl Seifert, ev., S. - Buchbinder Otto Schäfer, kath., S. - Hilfsbedienter Karl Alisch, kath., T. - Arbeiter Paul Erber, ev., T. - Metzger Karl Weidner, ev., S. - Tischler Hermann Berger, ev., T. - Arbeiter Karl Kober, kath., S. - Arbeiter Hermann Bender, ev., S. - Tischler Adolf Hauptfleisch, kath., S. - Arbeiter Karl Wiede, kath., T. - Schriftfeger Max Hoffmann, kath., T. - Arbeiter Paul Zarnowski, kath., S. - Eisenbahnarbeiter Heinrich Grotzer, kath., T. - Kutscher Emil Wanjel, kath., T. - Schmidt Arthur Reumann, ev., S. - Arbeiter Paul Landstren, ev., T. - Arbeiter Maximilian Dill, ev., T. - III. Armenenwärtiger Konrad Fritsch, ev., T. - Arbeiter Karl Wiedlich, kath., S. - Klempner Paul Krause, kath., T. - Mantelpolier Hermann Koch, kath., T. - Arbeiter Paul Weidner, ev., T. - Schlosser Adolf Fritsch, ev., S. - Kesselschmied Wilhelm Weibel, kath., T. - Brauer Ernst Helmwig, ev., T. - Tischler Josef Kraloff, kath., S. - Schlosser Emil Palfia, kath., T. - Haushalter Heinrich Pöbler, kath., T. - Arbeiter Robert Sternke, ev., S. - Bergarbeiter Julius Dmell, kath., T. - Tischler Karl Albert, ev., S. - Postbote Ernst Klonke, ev., T. - Tischler Robert Weibel, ev., S. - Handlungsreisender Verthold Heberich, ev., T. - Schriftfeger Emil Schick, ev., S. - Kutscher Paul Reusch, ev., T. - Kaufmann Paul Albrecht, ev., S. - Arbeiter Arthur Fritsch, ev., S. - Schlosser Paul Bienen, kath., T. - Glasfabrik Robert

Arbeiter, ev., T. - Arbeiter Paul Link, ev., S. - Arbeiter Johannes Wriebe, kath., T. - Drechsler Julius Aich, ev., S. - Zimmermann Gustav Keller, kath., T. - Schneider Waldeemar Pfeiffer, kath., T. - Arbeiter Johannes Drifig, kath., T. - Magistrat-Bureau-Assistent Fritz Jasmann, ev., S. - Buchhalter August Sauer, kath., S. - Arbeiter Ferdinand Kuno, ev., T. - Vermessungsgeometer Paul Kange, ev., T. - Steinleger Max Binder, ev., S. - Kutscher Friedrich Mohaupt, ev., S. - Steuerassistent Friedrich Pohlmann, ev., S. - Kalkulierer Alons Weber, kath., T. - Todesfälle. II. Kurt, S. des Leitungs-Korrespondenten Stegried Oberst, 2 J. - Maurerwitwe Rosina Brauner, geborene Wawraczka, 70 J. - Margarethe Heisberg, ohne bef. Verm., 28 J. - Buchhalterin Frieda Aguilar, 26 J. - Gymnasial- und Volksschullehrer Richard Strauß, 64 J. - Graunachhilfe Hermann Kaefer, 21 J. - Kutscherwitwe Luise Berger, geb. Hoffmann, 64 J. - Haarremacherwitwe Johanna Hansche, geb. Panzer, 68 J. - Agnes, T. des Uhrmachers Georg Jander, 1 J. - Baleska Safert (Gawert), ohne bef. Stand, 17 J. - Schuhmachermeisterwitwe Luise Schön, verw. genef. Schiedeman, geb. Pöhl, 59 J. - Kutscher Robert Ivanofsky, 46 J. - Betriebs-Sekretärin Emilie Schmar, geb. Kalk, 71 J. - Eisenbahnbetriebssekretär Gustav Walz, 48 J. - Privatier Flora Reiner, 73 J. - Kontorist Wilhelm Fritz Arthur Koberke, 26 J. - Spektantenwitwe Pauline Karpe, geb. Schier, 71 J.

## Für die streikenden Bergleute im Ruhrrevier

haben wir erhalten:

	Vereins quittiert	48.40 Mt.
Arbeiter-Radsfahrer-Verein Breslau	10.-	
Christbaumversicherung in Dürkings Restaurant durch R. M.	5.10	
Durch S. R.	5.-	
Von jemandem aus dem Streikgebiet	5.-	
Geldausf. von einem früheren Bergmann	1.-	
R. P.	1.-	
Politischer Sozialdem.	5.-	
T. G.	3.-	
Uchwiner Stegierhalle	1.45	
Ein Freund der Arbeiterfrage	2.95	
<b>Summa</b>	<b>87.90 Mt.</b>	

Redaktion der „Volkswacht“.

## Versammlungen und Vereine.

**Breslau.**  
**Gewerkschaftshaus.**  
Freitag, den 20. Januar:  
Große Volksversammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.  
Sonntag, den 21. Januar:  
Zimmerer. Maschinenbau.  
Töpfer-Verband. Abends 8 Uhr: General-Versammlung. Zimmer Nr. 2.  
Tapezierer-Verband. Vertrauensmännerversammlung. Zimmer Nr. 5.  
Sonntag, den 22. Januar:  
Bauarbeiter. Vormittags 11 Uhr: General-Versammlung im großen Saale.  
Zentralrentenkasse der Töpfer. Nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung. Zimmer Nr. 3.  
Montag, den 23. Januar:  
Schmiede. Öffentliche Versammlung. Zimmer Nr. 1.  
Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends 8 Uhr: General-Versammlung. Zimmer Nr. 6.  
Sonntag, den 28. Januar:  
Tapezierer-Verband. Maschinenbau „Im Orient“ im großen Saale.  
Dienstag, den 31. Januar:  
Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: General-Versammlung. Zimmer Nr. 2.  
**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereines:**  
Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).  
Bezirk 2. Sonntag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Beitragszahlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Bezirksführer.  
Bezirk 120. (Gräbchen). Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr: Jahrtag. Wearen Jahresabschluss.

werden die Mitglieder aufgefordert, ihre rückständigen Beiträge zu entrichten.  
Distrikt II (Nikolaj-Vorstadt und Pöbelwitz).  
Bezirk 20. Sonntag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Bezirksführer.  
Distrikt III (Ober-Vorstadt).  
Bezirk 84 u. 43. Sonntag, den 21. Januar: Jahrtag. Wahl eines Bezirksführers. Der Bezirksführer.  
Bezirk 26. Sonntag, 22. Januar, werden die Beiträge abgeholt. Richard Zimmer, Bezirksführer.  
Distrikt VI (Schneidmühlener, Ohlauer und Strehlener Vor).  
Die Bezirksführer, die die Bücher noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, das bald zu tun. Der Distriktsführer.  
Bezirk 73. Dienstag, den 24. Januar: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Ausgabe der „Neuen Welt“. Der Bezirksführer.

Distrikt VII (Innere Stadt).  
Die Abrechnung findet erst am 27. Januar statt. Abrechnung vom 1. bis zum 31. Dezember. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

**Partlieb - Arbeiter - Radsfahrer - Verein „Vorwärts“.** Sonntag, den 21. Januar 1905: Vereins-Versammlung. Der Vorstand.

**Freiburg. Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 4 Uhr im „Gewerkschaftshaus“: Generalversammlung. Volljähriges Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

**Volsnig. Arbeiter - Radsfahrer - Verein „Freie Wälder.“** Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Versammlung im Gasthof zur „Germania“. Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht. Der Vorstand.

**Waldenburg. Sozialdemokratischer Arbeiterverein für den Kreis Waldenburg.** Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung in der „Germania“ in Volsnig. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Bericht über unsere Bibliothek. 4. Bericht vom Schließlichen Parteitag. 5. Die Verhandlungen des preussischen Parteitages. 6. Verschiedenes (Verarbeiterfrage usw.). Der wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen dringend geboten. Der Vorstand.

**Südlich. Steinarbeiter-Verband.** Die am 22. d. Mt. angekündigte Versammlung findet nicht statt, da Herr Trachsel sein Wort zurückgezogen hat und den Saal nicht zur Verfügung stellt. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich bei der Striegauer Versammlung zu beteiligen.

**Sonnenberg. Verband der Bau-, Erd- und gewerblich-Arbeiter Deutschlands, Zastelle Hirschberg.** Sonntag, den 22. Januar, Nachm. 3 1/2 Uhr, in der „Anbrassschule“: Außerordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: Quartalsabrechnung, Vorstandswahl, Delegiertenwahl zum Verbandstage, Entzäge und Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Kollegen mit Buch bringen notwendig. Die Disziplinar-Kommission.

**Siegnitz. Arbeiter-Gesang-Verein „Sängertrupp.“** Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 11 Uhr: General-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“. Erscheinen aller notwendig. Der Vorstand.

**Sunzlau. Gewerkschafts-Partei.** Vorsitzender: Hermann Müller, Nollacherstraße 53, 2. Etage. Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Sitzung in der „Hoffnung“, Schloßstraße 1/10. Tagesordnung: 1. Der Bauarbeiter-Streik. 2. Bewilligung von Unterschriften. Der Vorstand.

**Sunzlau. Große Volks-Versammlung Montag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Saal zu den „Drei Kronen“.** Tagesordnung: 1. Der Preussentag der Sozialdemokratie. Referent: Stadtdirektor D. Schütz-Breslau. 2. Der Generalstreik im Ruhrrevier. Referent: Stadtdirektor H. Schütz-Bunzlau. Die gesamte Arbeiterschaft Sunzlau wird dringend ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen. Der Vertrauensmann.

**Sohnau. Arbeiter - Radsfahrer - Verein „Wanderer“.** Sonntag, den 21. Januar: Maschinenbau im „Weißen Schwan“. Das Komitee.

**Stadt-Theater.**  
Freitag: „Die Frau vom Meer.“  
Sonnabend: „Die neugierigen Frauen.“  
**Love-Theater.**  
Freitag: „Frühlingslust.“  
Sonnabend: „Der Waisenhilber.“

Blau Maschinisten-Anzüge, wuschel a. d. d. Arbeitshosen empfehle billigst  
**Gustav Knauernase**  
H. Oskar Dehmel  
Neumarkt 45, part. u. 1. Etg.



**Einbanddecken**  
für  
„Die Neue Welt“ 1904  
„Der Wahre Jakob“ 1904  
„Süddeutscher Postillon“ 1904  
und weitere Jahrgänge  
zum Preise von Mk. 1 - u. 2. etc.  
ferner sind Decken für  
„Freie Stunden“  
Rosenow's „Pfaffenherrschaff“  
„Neue Zeit“  
„Soz. Monatshefte“  
erhältlich durch die Holzportiere  
und die  
Buchhandlung „Volkswacht“  
Breslau, H. Graupenstr. 5/6.

**Gruppenbild**  
der  
gesamten sozialdemokratischen  
Freiheitsfraktion.  
Preis  
60 Pfennige.  
Erhältlich durch die  
Expedition und Holzportiere.

Freunden, Männern und  
Partigenossen  
bitte ich hiermit mein  
Häfler-, Friseur- und  
Haarschneide-Geschäft  
in empfehlende Erinnerung  
**Karl Nieblich**  
Andersstraße 4 114  
2. Haus n. d. Friedr.-Wilhelmstr.  
Gleichzeitig empfehle ich zur Aus-  
führung jeglicher Strick-, Fell-  
und Seilegerarbeiten  
Frau Emma Nieblich.

**„Wratislavia“**  
Vaugenossenschaft.  
Den Genossen zur Kenntnis, daß in unserm Grundbuch  
Hildebrandtstraße 23  
noch einige Wohnungen  
zum Preise von 14.00-35.00 Mt. monatlich zu ver-  
mieten sind.  
Der Vorstand.

**„Wratislavia“**  
Vaugenossenschaft.  
Den Genossen zur Kenntnis, daß in unserm Grundbuch  
Hildebrandtstraße 23  
noch einige Wohnungen  
zum Preise von 14.00-35.00 Mt. monatlich zu ver-  
mieten sind.  
Der Vorstand.

**Breslauer Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17.**  
Sonnabend, den 21. Januar 1905:  
**Großer maskierter u. unmaskierter Ball**  
(bei gut besetztem Orchester) veranstaltet vom  
**M. G. V. „Breslauer Zimmerer“**  
genannt Fiedertafel.  
Zwischen 11 und 12 Uhr: Großer Festzug mit scherzhaften  
Ueberraschungen. Daraus: Demaskierung sämtl. Masken.  
In drei Reihen: Aufsteigen höchst orig. Clowns in ihren urkom. Trik.  
Eintritt im Vorverkauf: Herr 50 Pfg., Dame 25 Pfg.,  
an der Kasse: 60 Pfg., 30 Pfg.  
Einlaß 7 Uhr. - Anfang 8 Uhr.  
Freunde und Gönner des Vereines ladet ergebenst ein:  
Der Vorstand.

**Mitglieder-Versammlung**  
des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes  
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“, Margarethenstr., Zimmer 7.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden  
Bevollmächtigten und Kontrollen. 3. Wahl der Kartelldelegierten.  
4. Verschiedenes. 5. A. L. Der Bevollmächtigte.

**Achtung! Bauhilfs-Arbeiter! Achtung!**  
Sonntag, den 22. d. Mt., vormittags 11 Uhr  
im großen Saal des Gewerkschaftshaus  
außerordentliche  
Mitglieder-Versammlung  
Tages-Ordnung:  
1. Quartals- und Jahresabrechnung.  
2. Wahl der Ortsverwaltung und der Revisoren.  
3. Wahl der Delegierten zum Verbandstage.  
4. Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts-Kartell.  
5. Wahl der Delegierten zur Bauarbeiter-Kommission.  
6. Wahl von Mitgliedern zur Lohnkommission.  
7. Wahl der Errebeure.  
Wegen der überaus wichtigen und reichhaltigen Tages-  
Ordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Kollegen notwendig.  
Die Lokalverwaltung,  
Margarethenstraße 17, Zimmer 6.

Empfehle meiner werthen Kundschaft für Mädchen u. Anaben  
**Knopf-, Schnür- u. Zugstiefeln**  
selbstgefertigte Ware, zu ganz soliden Preisen,  
billiger als jede Konkurrenz, sowie  
**Herren- u. Damen-Gamaschen**  
in jeder Größe vorrätig.  
**H. Christmann,**  
Nr. 37, Scheitniger-Strasse Nr. 37.  
Bitte genau auf die Firma zu achten.

**A. Franz Nachfl. H. Wiersing**  
Messergasse 111, am Neumarkt.  
**Größtes Theater- und Masken-  
Garderoben-Verleih-Institut.**  
Grosse Auswahl in Quadrillen-, historischen und  
Feitzugs-Kostümen. [2375]  
Neu-Anfertigungen prompt und billigst.  
Telephon 7996. Theater-Bühne leihweise zur Verfügung.

**Genossen! Gewerkschaftler!**  
**Breslauer Schuhmacher-Genossenschaft**  
**Schuhwaren-Lager**  
für Herren, Damen und Kinder.  
**Reparatur-Werkstatt**  
Auf Wunsch werden Reparaturen abgeholt und instigelt.  
Düttnerstraße 7. - Friedrich-Wilhelmstraße 93  
Scheitnigerstraße 22.  
Der Vorstand.  
Paul Thater. Paul Lange.

**„Der wahre Jakob“.**  
Sozialdemokratisches Wchblatt.  
Durch die Expedition und Holzportiere zu beziehen.



Donnerstag, den 21. Januar 1905.

Der Riesenkampf der Bergleute.

Sie pfeifen auf die Regierung!

Durch die brüsk ablehnende Haltung haben die Grubenbesitzer deutlicher denn je der Welt gezeigt, wer in Deutschland regiert. Sie allein nämlich! Vor ihnen bücken sich Regierung und Minister. Auf die Regierung pfeifen sie! Die Regierung kann ihnen sonst was. Sie sind so grausam, daß sie dem preussischen Ministerium mit höhnischer Gelassenheit die Larve der versöhnlichen Sozialpolitik vom Gesicht reißen. Der preussische Handelsminister hat im Abgeordnetenhause für das Syndikat gepredigt, aber, um den Schein der Objektivität zu wahren, Regierungskommissare entsandt. Schon in ihrem früheren Protokoll hatten die Gewaltigen des Kohlsyndikats der Regierung diktiert, daß sie zwar bereit wären, den Kommissaren Rudiens zu erteilen, aber nur um ihnen klar zu machen, daß keinerlei Mißstände im Ruhrrevier beständen. Die neuesten Entschlüsse des Syndikats sind darauf berechnet, in der Öffentlichkeit keinerlei Zweideutigkeit darüber entstehen zu lassen, daß die Kommissare der Regierung nicht zur Vermittlung entsandt sind, sondern zur Entgegennahme der Befehle des Unternehmertums. Die Diktatoren des Ruhrreviers haben nicht nur den Arbeitern gegenüber abgelehnt, Rede zu stehen, sie haben auch in ins Ruhrrevier entsandten Regierungskommissaren mit nicht mehr verhülltem Hohn klar gemacht, daß sie nicht daran denken, sich unter dem Vorhitz der Regierungskommissare in Vermittlungsverhandlungen einzulassen.

„Der Staat sind wir“, erklären die Leiter des Syndikats. Wir geben der Regierung die Aufforderungen, die wir für nötig halten. Wir können und wollen es nicht verhindern, daß die Regierung sich nach den Beschwerden der Arbeiter erkundigt, aber uns fällt es nicht ein, etwa mit den Arbeitern in Gegenwart der Regierungskommissare Aug' in Auge und über die Beschwerden auseinanderzusetzen. Wenn die Regierung Zeit und Lust hat, sich anstandslos nach den Beschwerden der Arbeiter zu erkundigen, so sind wir gern bereit — sagen die Herren des Syndikats —, das auf diese Weise gesammelte Material anzuhören, und wir werden der Regierung dann beweisen, was von vornherein ja feststand, daß alle Beschwerden — unbegründet sind. Die Syndikatsherren denken in der Tat nicht daran, von ihrer Auffassung einen Schritt abzugehen, daß sie der Staat sind, daß sie über das Wohl von einer Viertelmillion Arbeiter und ihrer Familien, über das wirtschaftliche Schicksal des ganzen Deutschen Reiches zu entscheiden haben. Politik treiben heißt für sie provozieren!

Die Regierung ist für das Syndikat der Ausschuß des Unternehmertums, und dieses ist wenigstens so brutal ehrlich, durch alle seine Handlungen deutlich zu bekräftigen, daß das sozialpolitische Gerede von einer über den Parteien und über den Klassen stehenden Regierung eine lächerliche Heuchelei sei. Das Kohlsyndikat befolgt nicht die Schwappolitik von der goldenen Mitte und der Diagonale, von dem Ausgleich und der Versöhnung der Interessen. Es proklamiert seine absolute Herrschaft, es befiehlt und die Nation nebst der Regierung hat zu gehorchen.

Wie es aussieht.

Die Lage charakterisiert am Mittwochabend in einem Privattelegramm aus Bochum der Z-Mitarbeiter des „Vorwärts“ wie folgt: In Dortmund, Bochum und Herne herrscht musterhafte Ruhe. In den Städten sieht man kaum etwas vom Streik. In Dortmund ist eine Belanunahme des Oberpräsidenten Studt vom 27. April 1891 angeschlagen:

Aus aller Welt.

Auf Leben und Tod. Der Kampf zwischen Förster und Wilderer, der am 25. September v. J. in der gräflich Armin'schen Forst stattfand und mit dem Tode des Försters Strempel endete, bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin. Aus dem Untersuchungs-Verfahren wurde der am 3. April 1872 geborene Hausdiener Joseph Umbat aus Berlin vorgeführt. Der Angeklagte ist verheiratet, Vater zweier Kinder und mehrfach vorbestraft, darunter zweimal wegen Jagdvergehens. Umbat wird beschuldigt, in der Nähe von Blumberg, auf einem Gebiete, wo er zu jagen nicht beächtigt war, einen in der Ausübung seines Amtes befindlichen Beamten Widerstand geleistet und ihn tödlich angegriffen zu haben, so daß die Körperverletzung und der Tod des Beizehenden erfolgte. — Am 25. September 1904, einem Sonntag, unternahm der in Lechsen des Grafen Armin stehende Förster Strempel gegen 8 Uhr Morgens seinen üblichen Gang durchs Revier. Bei ihm befanden sich seine Ehefrau Harz und Paul im Alter von 12 und 13 Jahren. Als S. die Blumberg-Altenfelder Chauffee passierte, bemerkte er in dem Walde einen fremden Mann mit einem Fahrrad. Er schöpfte Verdacht, daß jener ein Wilddieb sei, und ließ seine Ehefrau hinter einen Baum treten. Er selbst schlich sich an den Mann heran. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte — dieser war der verdächtige Mann — ein zusammengelegtes Gewehr bei sich führte und Patronen in der Fahrradtasche hatte. Der Förster fragte ihn, ob er sich ausweisen könne. Als jener verneinte, forderte ihn der Förster auf, zum Amtsvorsteher nach Blumberg zu folgen. Der Angeklagte weigerte sich und behauptete, daß Herr Strempel ihm nichts zu sagen habe, da er wohl nur Gärtner sei, worauf Strempel erwiderte, daß er verdächtig sei und ihn erforschen müsse, zu folgen. Nun ging der Angeklagte cubig mit; plötzlich aber kränkte er sich, und der Förster mußte ihn gewaltsam vorwärts drängen. Der Beamte hatte sein Gewehr in der linken Hand; mit der rechten hatte er den Amtsvorsteher gepackt. Dieser ließ plötzlich, wie die Anzeige behauptet, sein Rad fallen und griff nach dem Gewehr des Försters. Es entstand ein Ringen um das Gewehr; dabei entlud sich ein Lauf, und der Schuß traf den Oberschenkel des Försters. Dieser stürzte sofort zu Boden. Das Blut strömte wie ein Springbrunnen aus dem Bein empor. Die beiden Knaben, die herbeigeeilt waren und auf den Angeklagten einschlugen, standen erstarrt vor ihrem Vater. Ein Mann, der durch Zufall fest herbeikam und dem Förster in seinem Blute schwimmen sah, rief dem Angeklagten zu: „Hund, stehe oder ich schieße!“ obgleich er das Gewehr anlegte, langsam zurück und entkam. Der unglückliche Förster wurde nach Berlin gebracht. Im Krankenhause am Friedrichshain wurde ihm das Bein abgenommen. Infolge des Blutverlustes starb er aber noch an demselben Tage. Der Täter

Wer sich unbefugt in der Nähe von Betriebsstätten eines Bergwerkes oder auf den Zugangstrecken zu einer solchen Betriebsstätte aufhält oder der Aufforderung der Polizeibeamten, sich zu entfernen, keine Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Das ist eine offenbar ungesetzliche Verordnung gegen das Streikpostenwesen. Es ist bedauerlich, daß so wenig gesetzlicher Sinn in Regierungs- und Unternehmenskreisen herrscht.

Auf mehreren Becken sind bei der Lohnauszahlung sechs Schichten wegen Kontraktbruch abgezogen und zahlreich die Wohnungen gekündigt worden. Dagegen wird Klage erhoben werden.

Am Dienstag fanden mehr als 60 Versammlungen statt. Ein in Herne verbreitetes Flugblatt, das zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert, ist nicht vom christlichen Gewerbeverein ausgegangen, sondern ohne Namensunterschrift nur gedruckt: Zwei Ausschußmitglieder des christlichen Gewerbevereins. — Der christliche Gewerbeverein wird gegen die Urheber des Flugblattes vorgehen.

Aus den Verhandlungen.

In einer Versammlung in Essen wurden den Bergleuten ein Bericht der Siebenerkommission über ihre Unterredung mit dem Oberberghauptmann von Velsen erstattet.

Herr von Velsen, der den Delegierten der Bergarbeiter mit Wohlwollen entgegenkam, ließ sich zunächst eingehend über die Hauptbeschwerden, die Verlängerung der Schicht, Bericht erstatten. Der Vorsitzende der Arbeiter-Kommission, Kühne, legte dar, daß vor 10 Jahren die Bergleute nur bei 100 Meter Tiefe und etwa 18 Grad Celsius gearbeitet hätten. Jetzt aber durchschnittlich bei 300 Meter Tiefe und 25 Grad Celsius arbeiten. Man habe aber dieser Veränderung durchaus nicht Rechnung getragen. Die neuankündigte Schicht, die als Normal-Arbeitszeit bisher eingeführt sei, stehe nur auf dem Papier. Auch mit dem System der Mehrschichten müsse endlich gebrochen werden. Viel mehr glaubte die Bergarbeiterschaft verlangen zu müssen, daß jeder Bergmann in seiner Normal-Arbeitszeit zu einem ausreichenden Lohn komme. Ueber die Schichtverlängerungen, sowie das Wagnis der Verlängerung v. Velsen statistische Nachweise durch die Lohnbücher. Kühne erklärte in Bezug auf das Streichen von Wagen, daß im Jahre 1900 84.000 Wagen gezinkt worden seien. Als im Jahre 1901 die Konjunktur kam, wurden über 100.000 Wagen gezinkt. Auf den Hinweis des Herrn v. Velsen, daß dies nur 1/3 Prozent der geförderten Kohlenmenge seien, erklärte der Vorsitzende ausführlich, welche Härten und Ungleichheiten in dieser Beziehung bei der Arbeit in unreinen Abzügen beständen. v. Velsen verheißte der Kommission nicht, daß nach seinem Dafürhalten das Festsetzen eines Durchschnittslohnes nicht durchführbar sei. (1) Der Delegierte erwiderte darauf, daß man mit der Fixierung eines Minimallohnes von 5 Mk. für die Stunde auskommen könne.

Nächst dem Verlangen nach einer Mitkontrolle der Arbeiterschaft bei der Beaufsichtigung der Sicherheit und Gesundheitsmaßregeln in den Gruben bildete die geforderte Beseitigung der Strafzettel den Gegenstand einer eingehenden Besprechung. Die Kommission führte hierbei einen Fall an, wo auf einer Beche an einem Tage 82 Mann mit Strafen von 1 bis 2 Mk. belegt worden seien. Maßregelungen in solchem Umfange tragen wesentlich dazu bei, böses Blut zu machen. Die Sucht, viel zu strafen, sei besonders eine Eigenschaft der alten jungen Bergbeamten.

v. Velsen, der eine gründliche Untersuchung der Fälle, über die Beschwerde geführt wurde, zusagte, beschied die Siebenerkommission auf Donnerstag, früh um acht Uhr, wiederum zum Erscheinen vor dem Oberbergamt in Dortmund. Gleichzeitig hat er, wie bereits gemeldet wurde, den Vorstand des Bergbaulichen Vereins zur Beratung eingeladen. (Der aber ausblieb! Siehe unten.)

ward erst am 29. September ermittelt. — Er behauptete in der heutigen Verhandlung, der Förster habe auf ihn angelegt. Da er sich nicht tollkühnen lassen wollte, habe er das Gewehr festgehalten. Bei dem Ringen sei durch Zufall der Schuß losgegangen; wahrscheinlich habe ein Schlag, den ein Sohn des Försters führte, das Gewehr so getroffen, daß es losgegangen sei. Für diesen unglücklichen Zufall sei er nicht verantwortlich. Er habe auch nur die Pflicht gehabt, Kränke oder Spasen zu schießen. — Wie der Schuß losgegangen ist, könnte durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt werden.

Die Geschworenen bejahten die Schuldbrauen und versagten dem Angeklagten mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus und 2 Wochen Haft. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, sowie auf 2 Wochen Haft, die als Verbüßt erachtet wurden.

Die Davine. Eine italienische Verlags-Kompagnie machte am 9. d. Mts. einen Uebungsmanöver durch die Berge des Mont Cenis. Auf dem Rückwege wurde, wie die „Münch. Allg. Ztg.“ mitteilt, die Truppe von einem heftigen Schneesturm überrascht, so daß man kaum fünf Schritte weit sehen konnte. Die Offiziere ermahnten ihre Leute, beisammen zu bleiben und sofort zu rufen, wenn sie das Gros verlieren sollten. Aber der Sturm wurde immer stärker, er wirbelte die zwei Fuß hohen Schneeflocken auf und veranlaßte zahlreiche Lawinenstürze. Mit Mühe und Not erreichte die Kompagnie das Fort Cassa, wo sie sofort antrat. Da zeigte es sich, daß zwei Mann fehlten. Der Hauptmann, zwei Leutnants und 20 Alpenjäger von der Befragung des Forts brachen unverzüglich auf um nach den Vermissten zu suchen. Allein sie vermochten nur schrittweise vorzudringen und all ihre Rufe, Trompetensignale und Schüsse verhallten ungehört in dem kalenden Heulen des Sturmes und in dem Donner der Lawinen. Bis 9 Uhr Abends setzte die brave Truppenabteilung ihre Rettungsversuche fort, dann legte sie gänzlich erschöpft wieder in das Fort zurück. Hier befrüchtete man um allgemein, daß die zwei Vermissten draußen erfrierten würden. Dem war aber erfreulicherweise nicht so: eine kleine Patrouille hatte die beiden mitten aus der Lawinenschlucht heraus in eine Schlucht hinaufgeschleudert, ohne daß die Kamerader es bemerken konnten, weil der Sturm alle förmlich blendete. Aus der Schlucht waren dann die beiden wieder mühsam heraufgeholt und hatten verücht, ihre Truppe zu erreichen, was ihnen aber nicht gelang. Man traten sie kreuz und quer durch den Schneesturm und geleiteten in eine ihnen gänzlich unbekanntes Vergegen. Gegen Abend war der eine so erschöpft, daß er zusammenbrach. Allein seinem Kameraden gelang es, eine Fingerringe zu entdecken; in diese schleppte er den schon halb-einstarrenden und die zwei Soldaten verpackten, so daß die Kameraden die beiden Mergen landete der Kommandant des Forts Cassa fünf Expeditionen aus und eine derselben traf die Vermissten in ihrem Aufbruchsorte an. Sie stützten vor Müde und waren fast

Ein Kampf bis aufs Messer

wird leider der Streik werden. Auf einen Erfolg der vermittelnden Tätigkeit der Regierung hofft man nicht, da die Bekehrer in ihrer angestrebten Gottähnlichkeit haben erklären lassen, auch vor der Regierungskommission nicht mit den Ausständigen verhandeln zu wollen. Statt des Friedens wird auf den Schützenhofe in Bochum, wo auch 1889 große Auslandsversammlungen abgehalten wurden, die erbitterte Fortsetzung des Kampfes verkündet.

Jetzt soll sogar die Regierung verärgert sein über die Unversöhnlichkeit der Grubenprogen.

Bemerkenswerten Ausdruck findet diese Verärgerung in einer Mitteilung, die der Berliner Börsenkorrespondent der „Ökonomischen Allgem. Ztg.“ „aus maßgebenden Kreisen der Regierung“ erhält. Man sei, so heißt es darin, erstaunt über den Optimismus der Börse bezüglich des Generalfreilich der Bergarbeiter. Die prozentweise Steigerung der einzelnen Montanwerte könne man nur als leichtsinnig bezeichnen. An eine schnelle Beendigung des Ausstandes sei schwerlich zu denken. — Weiter wird dann, immer in Wiedergabe der „maßgebenden Regierungsaussagen“ gesagt:

Es sei wenig Aussicht vorhanden, daß es gelingen werde, kontraktliche Verhandlungen zwischen beiden Parteien einzuleiten. Die Bergwerksverwaltungen behaupten, daß die Delegierten der Streikenden die Macht nicht in der Hand hätten, und so die Unterhandlungen genau wie 1889 anzufassen wären. Die Streikenden würden den Krieg bis aufs Messer führen. Die Herrschaft vom Kohlsyndikat und die rheinischen Kohlenindustriellen seien seit den letzten Vorgängen so unruhig geworden, daß sie ganz verzeihen hätten, daß über ihren Kapitalinteressen noch Interessen des Staates stehen. Sollte die Haltung der Herren eine gewisse Grenze überschreiten, so wäre die Intervention genötigt, den Forderungen, die schon in einem großen Teil der Presse aufgestellt wurden, geistlich gegen die Ausschreitungen der Syndikatsvorzuehenden nachzugeben.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß diese Darlegung tatsächlich nicht auf guten Informationen fußt. So lange die Regierung eben nicht den Kohlenkönigen den Standpunkt gründlich klar macht, ist nicht darauf zu rechnen, daß sie sich beugen werden.

Und Möller will es aus guten Gründen mit den Stinnes und Konsorten nicht verderben.

Trotz der Zweifel

Ueber die Verhandlungen wird noch berichtet: Düsseldorf, 19. Januar. Die heutige Sitzung der Delegierten der Arbeiter mit den Regierungskommissaren beim Oberbergamt Dortmund dauerte von 8 bis 12 Uhr gedauert. Der Vorsitzende der Bechen war niemand anderer! Die Arbeiter belegten früher unbefugte Beschwerden mit falschen Material, um Informationen des Bergwerksverwaltungen zu erhalten. Die Verhandlungen werden später zu erwarten.

Die Vertreter der Staatsregierung erklärten, daß diese Befehle werden noch einmal schriftlich dem Oberbergamt unterbreitet werden müßten, worauf die Untersuchungskommission die wirklich vorhandenen Mißstände feststellen und die betreffenden Bechenverwaltungen zu Abstellung derselben ersucht solle.

Nach Mitteilungen des Delegierten Kühne, des zweiten Vorsitzenden des christlichen Gewerbevereins, haben die Regierungsveteren in der Ministerkonferenz sich gegenüber den Forderungen der Bergleute auf abschließende Schicht, einschließlich Ein- und Ausfahrt abgelehnt verhalten!

Eine sehr vernünftige Maßregel.

Bochum, 19. Januar. Auf der Beche „Präsident“ sind die Streikposten als Polizeibeamte verkleidet worden. Sie tragen weiße Binden und Kontrollmarken.

Jetzt muß er Rede und Antwort stehen!

Nachdem sich Minister Möller solange wie eben möglich vor der Beantwortung der sog. Interpellation zu drücken versucht, ist er jetzt

sonst aber fehlte ihnen nichts. Ihr Eintreffen im Fort wurde mit lautem Jubel begrüßt.

Unzufrieden und schmerzlos. Das 18-jährige Dienstmädchen Elisabeth Nothe traf vor einigen Tagen auf dem Bahnhof in Berlin ein und sollte hier von der Frau des Führers Nothe, bei der sie sich als Dienstmädchen vermißt hatte, abgeholt werden. Als Frau M. auf dem Bahnhof erschien, hatte sich das junge Mädchen bereits entfernt. Es hatte den Bahnhof in Begleitung eines jungen Mannes verlassen. Weiter ist jetzt festgestellt, daß die Nothe, die in Berlin vollkommen fremd ist, am Dienstag in männlicher Begleitung auf dem Wedding und am vergangenen Freitag am Schützenhof Tor gefahren worden ist. Daß die Vermisste einen Launensticker, der es nur auf ihr Geld abgesehen, in die Hände gefallen ist, ist nicht anzunehmen, da sie nur wenige Mark bei sich führte. Die näheren Begleitumstände deuten vielmehr darauf hin, daß das junge Mädchen in ruflose Hände gefallen ist und von diesen in nichtswürdiger Weise ausgebeutet wird. Der bekümmerte Vater der Verlorenen, Werkführer Nothe aus Beil, hat sich nach Berlin begeben, um der Kriminalpolizei bei den Nachforschungen nach seiner Tochter beihilflich zu sein.

Bergmanns Tod. In einem Schachte bei St. Prins stürzte ein Fahrstuhl, worin sich 21 Grubenarbeiter befanden, infolge Unvorsichtigkeit des Führers 1700 Meter tief hinab. Fünf Arbeiter wurden getötet, die übrigen 16 mehr oder minder schwer verletzt.

Folgen der Explosion. In der Sodafabrik in Grevenberg wurden durch die Explosion eines Dampfkessels drei Arbeiter getötet. Der Betrieb ist nicht unterbrochen.

Wegen eines geringen Anlasses wollte der Unteroffizier Krause von der Feldartillerie in Pirna den Rekruten Götner, so lange er liegen, bis Sie, Hund, verrecken. Bei der Drohung blieb es nicht. Der Rekrut erhielt einen Faustschlag auf die Nase, Stöße mit der Fußspitze an das Schienbein, eine nicht gut gepunkte Lanze wurde ihm unter die Nase gehalten, und er mußte 3 bis 4 Minuten Kniebeuge machen und die Arme vorkrecken, ohne sich rühren zu dürfen. Ein Offizier, der die Spuren der Mißhandlung im Gesicht des Rekruten sah, erslattete Anzeig. Der Mißhandelte wurde vor Gericht als ein schwerfälliger, aber williger und antwortiger Soldat gechildert. Bezeichnend ist, daß der Verteidiger des Unteroffiziers Bezeichnungen wie „Lump“, „Quand“ usw. als Beleidigungen anfaß, sondern nur als vermessene Ausdrücke, wie sie im Unteroffizierskorps üblich seien und von den Mannschaften nicht als Beleidigungen empfunden würden. (1) Das Gericht erkannte auf 18 Tage Mittelarrest. Die Fährde seien mildernd, auch könne man die Kniebeuge nicht als Mißhandlung, sondern nur als „unbefugte Annäherung einer Befehlsgewalt“ be-



den noch gezwungen, seine Tätigkeit als Anwalt der Hochmüllereien zu verteidigen. Wie gemeldet wird, wird die sozialdemokratische Interpellation über die Bergarbeiterverhältnisse im Ruhrrevier auf die Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung gesetzt.

### Bürgerliche Stimmen zum Streik.

Zum Beweise dafür, daß nicht alle bürgerlichen Mütter nach dem schmutzigen Rezept der „Schleif. Stg.“, des Organs der Vornehmen Breslaus, arbeiten, führen wir hier einige Pressstimmen an, die deutlich die ungeheure Wirkung des Riesenstreiks barthun. So schreibt das Blatt der Dresdener Konservativen, das sich noch stets als wütender Gaffer der Arbeiter gab, die „Dresdn. Nachr.“ u. a. folgendes:

Die Berechtigung der Klage der Vergleite des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues, daß dort ein seelenloser Kapitalismus überhandnimmt, der ohne Rücksicht auf Wohl und Wehe des einzelnen Arbeiters nur nach dem Wunsch belunde, möglichst viel herauszuschlagen, wird auch dort anerkannt, wo man nicht im entferntesten gewillt ist, die Mächten der Sozialdemokratie treiben zu lassen. Die Arbeit des Bergmanns gehört zu den schwierigsten und gefahrvollsten, die es geben kann; sie zu erleichtern und das höhere Los der Kohlenarbeiter einigermaßen erträglich zu gestalten, müßte die vornehmste Pflicht der Regierung sein.

Und die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die vorgestern noch triumphierend geschrieben haben, nun sehe man an der Möglichkeit dieses Streiks, was die ganze Mäßigungskunst der Gewerkschaftspolitik wert sei, sie sagten gestern:

Es ist vom Standpunkt der Arbeiter bzw. der Organisatoren der Bewegung verständlich, daß sie jetzt den ohnedies schon an großen Dimensionen gediehenen und ihnen über den Kopf gewachsenen Streik nicht rückgängig machen mögen — was sie wahrscheinlich gar nicht könnten —, nachdem der berabauliche Verein sich auf die Forderungen hartnäckig ablehnend zeigte. Es handelt sich nicht bloß um eine Macht, sondern auch um eine Verantwortlichkeit und um eine Verantwortung. Selbst wenn die Besonderen alle Ansicht haben, daß die Streikenden sich eine schwere Niederlage holen werden — das haben ja ihre Führer selbst mit den dringenden Warnungen vorausgesetzt — so kann es für die Unternehmer eine um so schlimmere Gefahr für die Zukunft werden, je höher unter den höchsten Bergarbeitern Unzufriedenheit und Groll und Hoß anwachsen.

Eine ganz einsame Ausnahme macht die „Staatsbürger-Zeitung“, das Blatt des verrückten Dresdener Grafen:

Wir sind Gegner der Streiks, wir erblicken in ihnen ein ungehöriges Mittel, eine Art Exzessivität.

Dazu bemerkt selbst die „Tagl. Rundschau“:

Gegen diese Philosophie unter dem Geistespunkt zeigt sich gegen die freikonserervative „Post“ noch mütterlicher warm und einseitig:

Es soll keineswegs bestritten werden, daß mancherlei berechtigte Ursachen zu Klagen für die Vergleite vorhanden sein mögen.

Die „Frankf. Ztg.“, ein linksfreimüthiges Börsen- und Handelsblatt schreibt:

Dieser unglückselige Streik wäre nicht ausgebrochen, wenn die dortigen Unternehmer nur einigermaßen den Anforderungen gerecht geworden wären, die unsere Zeit in sozialpolitischer Hinsicht nun einmal stellt und zwar mit einem Grunde. Es wäre nicht zum Streit gekommen, wenn die Arbeitgeber die Arbeiterorganisationen anerkannt und zur Befriedigung der Arbeitsbedingungen hinzugehört hätten. Dieses Verlangen ist ja doch auch nicht aus dem Wundergehalt, sondern hier auf der Erde und zwar in Deutschland bescheiden schon ein paar hundert Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitervereinigungen, Organisationen. Aber die Arbeitgeber auf den Ruhrgruben denken noch nicht daran, die überlebte Fiktion anzugeben, daß man es etwa mit dem einzelnen Arbeiter zu tun haben werde und nicht mit der Arbeiterschaft. Es scheint, daß sie nur durch Stumpf das Augenmaß, das in der Anerkennung der Arbeiterorganisationen liegt, sich ablesen lassen werden. Dieser Standpunkt aber ist zu mißbilligen.

### Blut soll fließen!

Aus Essen wird der „S. N. Z.“ telegraphiert: In Vorbeck bei Essen haben gestern Abend Zehntausende auf menschenleerer Straße durchaus unmodelliert mit Revolver geschossen.

Von der Frau eines Zehntausenden und von einer Wirtin wird der Vorfall bestätigt. Durch solche ungeschickliche Schießerei werden allerdings Krawalle provoziert.

### Weitere Betriebseinschränkungen.

In niederrheinischer Gegend bei Hochfeld teilt dem Hemen-Schmidt mit, daß sie nur noch geringe Quantitäten liefern könne und bei anhaltendem Streik infolge Kohlenmanips wahrscheinlich zugrunde gehen werde, den Verkauf einzustellen.

Eine große Anzahl Textilwerke in W.-Schlabbach schneit in großer Kohlennot.

Auch auf dem Rheinischen Becken in Mülheim a. d. R. ist eine teilweise Betriebseinschränkung erfolgt.

Auf der Gussabfabrik von Giden u. Co. in Gagen feiern infolge des Streiks 100 Mann, auf dem Stahlwerk ca. 500 Mann. Bei der Firma Frank u. Ebers in Gagen sind vorläufig eine Anzahl Arbeiter freigestellt.

Bei Meßel in Gagen sind 1800 Arbeiter von dem Stahlwerken abgelegt worden.

### Das beschämte Zentrum.

Die Zentrumspresse hält es immer noch nicht für nötig, öffentlich zur Unterstützung der Streikenden aufzufordern. Dafür erhält sie eine schallende Ohrfeige von ihrem obersten Fernen im Rheinland. Ein Telegramm meldet darüber:

Der Erzbischof von Köln hat an den Gewerkschaften ein Schreiben Bergarbeiter unter Übersendung von 1000 M. für notleidende Bergarbeiterfamilien in Schritten gerichtet, in dem er den Wunsch ausdrückt, daß es gelingen möge, den für die weitesten Kreise verhängnisvollen, für die gefährliche Entwicklung des Landes notwendigen sozialen Frieden schwer schädigenden Streik in geeigneter Weise zu beenden, und durch vorzügliche Maßnahmen für die Zukunft solche Verhältnisse zu verhüten.

### Deutscher Reichstag.

122. Sitzung. Donnerstag, den 19. Januar 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Staatssekretär Kräfte.

Das Haus beschließt die Wahl des Reichstagspräsidenten, dem Kaiser zum Geburtstag zu gratulieren.

Auf Antrag Schäfers (Zentr.) wird Abg. Diehl (freis. Volksp.) in die Reichstagskommission gewählt.

Die Wahl des Abg. Raud (lib.-konf., Niedersach.-Strelig.) wird für gültig erklärt.

Die zweite Lesung des Etats wird beim Reichspräsidenten fortgesetzt.

Es liegen zu diesem Etat drei Resolutionen vor. Eine Resolution Pöhl-Strödel (Zentr.) fordert: Ermäßigung der Steuern

sprechgebühren für Arbeitsschweine. Eine Resolution Erber-Silge (Zentr.) verlangt: 1. Einstellung des Geld-, Nachnahm-, Druck- und Paktverlebens an den Sonn- und Feiertagen; die Durchführung der Schalterstunden an den Vorabenden dieser Tage. 2. Einschränkung der wöchentlichen Maximalarbeitszeit für mittlere und Unterbeamte. 3. Ausdehnung der Statistik auf die Postbeamten des Personalrats und auf die Postbeamten in den Kolonien.

Am letzten Abschnitt beantragen die Abg. Eichhoff und Dr. Müller-Sagan (freis. Vpt.) statt „in den Kolonien“ zu sagen: „in den deutschen Schwabereien und im Ausland.“

Abg. Trumborn (Ztr.): In der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind über 117.000 Personen beschäftigt. Die Arbeitsverhältnisse dieser großen Menschenzahl finden ihre Regelung durch eine Personalverwaltung des Staatssekretärs vom 17. April 1899. Die Ausstellungen, die unsere Partei im Einklang mit den Meinungen anderer Parteien an dieser Generalversammlung zu machen hatten, haben in dankenswerter Weise Berücksichtigung gefunden. Der Nachbienst wird von 8 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens gerechnet, Pausen werden zu 1 1/2 Stunden in Anrechnung gestellt, größere Pausen während der Nacht nach Möglichkeit vermieden. In einem energischen Entschluß der Staatssekretäre für die Durchführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe eintraten: im Entschluß heißt es, daß die Durchführung gegebener Fälle durch Vermehrung des Personals bewirkt werden soll. Damit hat der Staatssekretär das erlösende Wort gesprochen. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir können ihn nur bitten, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuführen und seine üblichen Grundsätze überall unmaßsächlich zur Geltung zu bringen. — Die Freude über das Erreichte darf uns natürlich nicht verhindern, weiteren Verbesserungen nachzugehen. Die Grundlage jeder gesunden Sozialreform ist die Statistik; ich muß daher auf statistische Einzelheiten eingehen. (Lärm.) Ja, meine Herren, diese mühsame Arbeit ist wirklich das Schwere des Edlen und auch des Schwermes der Hubber wert. (Weiterer! und Zustimmung im Zentr.) Von den unteren Beamten haben nur 12 Prozent unter 64 Stunden, darunter 77 Prozent über 40 und 27 Prozent über 66 Stunden Wochenlohn. Die Arbeitszeit ist unserer Ansicht nach zu lang. (Weil! im Zentrum und links.) Wir müssen darnach trachten, bis spätestens 1907 60 Stunden zur Maximalgrenze des Wochenlohnes zu machen. — Zu wünschen läßt auch die Sonntagsruhe abru. Nur 42 Prozent der Unterbeamten — gegenüber 61 Prozent der oberen Beamten — genießen das Normalmaß der Sonntagsruhe. Das ist zu beklagen, namentlich auch aus religiösen Gründen (Sehr richtig! im Zentrum). Den Weg, die Sonntagsarbeit einzuschränken, gibt unsere Resolution an, die die Einstellung des Geld-, Pakt-, Druck- und Nachnahmverlebens an Sonntagen fordert. Das ist sehr wohl durchführbar. Pakte können sich die Interessenten eventuell abholen; Druckverlebens ändern ja doch meist in den Papierfabriken und es wäre für manchen besser, wenn er das Geld, statt am Sonntag, erst am Montag erhält. (Weiterer!) England beweist, daß die volle Sonntagsruhe im Postverkehr sehr wohl möglich ist. Recht mangelhaft ist leider die Statistik der Postbeamten. Es heißt, daß bei 20 Prozent der Landbriefträger der Erholungsurlaub „aus besonderen Gründen“ wegfällt; es wäre wünschenswert, daß diese besonderen Gründe etwas näher bezeichnet würden. — Die weiteren Verhältnisse bei der Post sind nicht allen bekannt, wie die unten Krankheitsfällen, zumal bei den Unterbeamten beweisen: ein glücklicheres Resultat weist die Statistik der Todesfälle auf; es scheint, die Herren von der Post werden viel krank, sterben aber schwer. (Sehr weiter!) Auf alle Fälle empfehlen sich hygienische Maßregeln. Vielleicht benutzt der Staatssekretär einen einschlägigen Entschluß seines französischen Kollegen. — Die Landbriefträger wünschen dringend die Einführung von Drillschulungen im Sommer. Ein vortrefflicher Briefträger hat sogar den Staatssekretär anzufragen: „O Kräfte, sprich ein gutes Wort und lindere unsere Pein, und führe uns zur Sommerzeit den leichteren Drillschulung.“ (Weiterer!) Dringend wünschenswert ist eine Statistik über die Arbeitsverhältnisse des nicht beamteten Personals der Post. Handelt es sich doch um 31.000 Personen. Es darf nicht vorkommen, daß ein Beamter von dem Personalrat einen Postboten von 1 Monat erhält. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Mit dem Antrage Erberhoff sind wir durchaus einverstanden. Wissen möchten wir, warum für die Kolonien so sehr die unverbeamteten Postbeamten bevorzugt werden. Die genaue Festlegung unserer Forderungen, das Postbeamtenausmaß, sollte auch von der Reichspostverwaltung akzeptiert werden. Redner tritt weiter für Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ein und bittet den Staatssekretär, allen berechtigten Wünschen des Personals möglichst weit entgegenzukommen. (Bravo! im Ztr.)

Staatssekretär Kräfte dankt dem Redner für das Lob, das er der Reichspostverwaltung gesendet habe. — Die Statistik ist bereits veraltet; jähren sind schon wieder 1 1/2 Millionen Mark für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ausgegeben worden. (Bravo! rechts und in der Mitte.) Sie werden nach Möglichkeit fortfahren, den Sonntagsdienst zu vergrößern, wir können aber nicht ohne weiteres so tief in das Wirtschaftsleben eingreifen. Es ist übrigens nicht so gleichgültig, ob jemand das Geld am Sonntag oder erst am Montag erhält. (Sehr richtig! b. d. freis. n. Post.) — Ich bin auf keinen Widerstand bei meinen Kollegen im Reichstagsamt gefaßt, so oft ich Verbesserung für die Beamten meines Ressorts fordere. — Die Berücksichtigung aller örtlichen Feiertage, wie sie der Redner zu wünschen scheint, dürfte kaum möglich sein — es handelt sich dabei um 27.563 Feiertage in 4215 Ortschaften. — Die Landbriefträger bedürfen des Urlaubs nicht so sehr, wie andere Beamtenkategorien, da sie weit mehr freie Nachmittage haben. — Dem Wunsch des Redners, eine Statistik über die Beschäftigung des Postbeamten in den Kolonien zu geben, wird entgegengekommen werden. Wir schicken keine verbeamteten Beamten in die Kolonien, weil sich das Klima für die meisten Frauen meist nicht als zuträglich erwiesen hat; auch empfiehlt es sich, daß gerade die jungen Leute herauskommen, die noch ein offenes Auge für alles haben. — In Bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß werde ich versuchen, für meine Beamten möglichst viel herauszuschlagen. (Weiterer! und Zustimmung.)

Die Einführung von Postamtsverordnungen empfiehlt sich nicht. Wegen der Fortermäßigung für Soldaten habe ich mich mit dem Kriegsminister in Verbindung gesetzt und über die Verhältnisse des nicht-beamteten Personals in eine Denkschrift in Vorbereitung.

Abg. Singer (Sozialdemokrat): Ich hätte gewünscht, daß der Entschluß des Reichspostsekretärs, auf den Kollege Trumborn Bezug nahm, nicht bloß in der „Postzeitung“ veröffentlicht, sondern auch den Abgeordneten zugestellt worden wäre. Ich stimme mit Herrn Trumborn darin überein, daß der Entschluß noch viel zu wünschen übrig läßt; ich hätte nur gewünscht, daß Kollege Trumborn nicht so sehr den berechtigten Tadel hinter dem Lobe zurückgeheimelt hätte. Auch nach den neuesten Bestimmungen sind die Ansprüche an die Beamten, namentlich an die Unterbeamten, entschieden zu hoch! Bei der Sonntagsruhe, den Anbetagen, der wöchentlichen Arbeitszeit, dem Erholungsurlaub; überall bringt die Verwaltung den höheren Beamten weit mehr Rücksicht entgegen, als den Unterbeamten. Man sollte zunächst die Arbeitsverhältnisse der Unterbeamten verbessern, ehe man an die oberen denkt, obwohl ich natürlich auch diesen eine Verbesserung von Herzen gönne. Die Statistik der Anbetagen mit ihren weitgehenden Rubriken ist gänzlich wertlos. Es handelt sich darum, positiv festzustellen, wie viel Anbetage jeder Postbeamte wirklich besitzt. — Erreicht ist die Prüfung der Dienstpläne durch den Herrn Staatssekretär. Aber leider fehlt die Garantie, daß die neuen Anweisungen auch wirklich durchgeführt werden. Demnach wollen die Klagen aus allen Gegenden über die Überlastung nicht bestreiten. — Es wäre doch sehr leicht möglich, den Anbetagen in der Postverwaltung durchzuführen. War nicht der Staatssekretär und die vorragenden Räte wohl aber die weitaus meisten mittleren und höheren Beamten haben ihn schon: warum wollen ihn da die Unterbeamten nicht auch erhalten? Statt dessen hören wir, daß ein großer Teil der Unterbeamten über 63, ja über 65 Stunden wöchentlich arbeitet. (Hört, hört! bei den Soz.) — Ebenso steht es mit dem Erholungsurlaub fortwährend schlecht. 20,7 Prozent der Unterbeamten haben noch überhaupt keinen Urlaub. (Hört, hört!) — Weitere Anstellungen bezahle ich mir für die einzelnen Titel des Etats vor. Beim Gehalt des Staatssekretärs, dessen Vermehrung eine Vermögensanlage nicht hinterzücken sollen (Weiterer!) beschränke ich mich auf einige Punkte. Da

uno p. d. die „gehobenen Unterbeamten“. Wir halten diese ganze Institution für verfehlt, geeignet, der Liebediensterei von unten und der Willkür von oben Tor und Tür zu öffnen. Warum hat man nicht auch „gehobene“ Postdirektoren usw. eingeführt? (Weiterer!) — In zwei Titeln des Etats befinden sich größere Forderungen für einmaltige Unterhöhung. Wie haben den Eindruck, daß es sich dabei um die Einkommenssteigerung der im Vorabende abgehenden Dismarsen-Anlagen handelt (Sehr richtig! bei den Soz.) und werden diese Korruptionsmittel, mit denen man auf beschleunigten den klaren Reichstagsbeschlüssen entgegen will, natürlich strikte ablehnen. (Beifall bei den Soz. und den Soz.) — Die Zentrumsvorstellung fordert eine Vergrößerung des Schalterdienstes nicht nur für die Vorabende der Feiertage. Das wundert mich umso mehr, als unter dem langen Schalterdienst nicht nur die Postbeamten, sondern auch die Handlungsgestellten, Hilfsarbeiter, Hausdiener usw. zu leiden haben. Hiergegen hilft nur, daß von einer bestimmten Stunde an eine Beschränkung der anwesenden Paktisten stattfindet, oder ein Aufschlag erhoben wird. Es ist einfach ein Schandbrot, wenn ein großer Handlungshaus seine Post erst fünf Minuten vor Schalterstunde abgibt. (Sehr gut! bei den Soz.) In Vorzeim hat eine Enquete des Zentralverbandes der Handlungsgestellten festgestellt, daß an einzelnen Tagen 150 bis 180 Personen beim Schalterstunde in dem Postamt anwesend und die Beamten erst gegen 9 1/2 Uhr mit dem Schalterdienst fertig waren. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Gehälter der Unterbeamten bedürfen dringend der Verbesserung. Die Post soll keine Anstalt für Plasmacherei sein. Eine allgemeine Erhöhung der Unterbeamtengehälter würde ein Mittel der deutschen Postverwaltung sein. (Sehr richtig! links.) Die Behandlung der Unterbeamten läßt leider noch immer zu wünschen übrig. Wir können die einzelnen Fälle nicht aufzählen, weil bei früheren Gelegenheiten gegen unsere Gewährsmänner vorgegangen wurde; ich beschränke mich darauf, den Staatssekretär zu bitten, auf die Abstellung der Schimpfworte Bedacht zu nehmen, die in fast allen Postämtern noch immer an der Tagesordnung sind. So wird namentlich über die Paktwirtschaft in den Postämtern von Straßburg und Metz geklagt. Abgestellt werden muß u. a. der Mißbrauch, die Beamten zwangsweise zur Zahlung von Beiträgen für Wohlthätigkeitsanstalten herangezogen. Der Staatssekretär hat also noch ein weites Feld zur Beseitigung seines Reformbedarfes vor sich. (Leb. Weis. b. d. Soz.)

Staatssekretär Kräfte: Geht ist meine Verwaltung noch verbesserungsbedürftig. Protestieren muß ich aber energisch, wenn der Vorredner behauptet, daß die Einrichtung „gehobener“ Stellen zu Liebediensterei führe; ich protestiere namens der gehobenen Unterbeamten in „gehobener“ Stellung. Protestieren muß ich dagegen, daß ich mehrere hunderttausend Mark eingeschnitten hätte, um vom Reichstage nicht bewilligte Ausgaben zu bestreiten! Betreffs der Ruhezeit ist darauf hingewiesen, daß in allen Lebenslagen Personen, die geistig arbeiten, größere Ruhepausen anerkannt werden, als solchen, die körperlich arbeiten. Die Statistik, nach der der Herr Vorredner konstatiert, daß 20 Prozent aller Unterbeamten überhaupt keinen Urlaub gehabt hätten, ist wie ich schon einmal betonte, veraltet. Die Verhältnisse sind jetzt viel günstiger. Nicht hat Herr Singer darin, daß ein früherer Schalterstunde das einzige Mittel ist, dem Andrang gerade am Abend zu begegnen. An einzelnen kleinen Postämtern ist hier schon dieser Versuch gemacht, und verschiedene große Handelsbetriebe haben auf meine Anfrage den späten Schalterstunde für Pakt ebenfalls für nicht notwendig erklärt. (Bravo.)

Abg. Diehl (natl.): Die finanziellen Ergebnisse und die materiellen Leistungen der Post sind geradezu als glänzend zu bezeichnen. 5.900 Millionen Entbunden hat die Post im letzten Jahre befördert, 800 Millionen Ferngespräche sind durch sie erledigt worden. Die Vermehrung der Verkehrsämter läßt leider mit dem wirtschaftlichen Leben nicht gleichen Schritt. — Leider sind, wie der Staatssekretär in dankenswerter Offenheit zugegeben hat, die Postüberblicke zum Teil durch Überanstrengung des Personalpersonals. Diese Überanstrengung muß für die Zukunft vermieden werden. Ein früherer Schalterstunde, um dem übermäßigen Andrang beim Schalterstunde vorzubeugen, empfiehlt sich sehr, darf aber nicht zu schematisch gehandhabt werden. — Nebenbei möchte ich für die Einrichtung eines Postverkehrs, für Postklassen — anstatt des unglücklichen Sparatierstempels — und für Postanweisungsflorets aus, die den kleinen Leuten ersparen, private Dinge auf offene Postabschnitte zu schreiben. Wünschenswert wäre die Ausdehnung des Rechnungspostens auf Postanweisungen bis zu 10 M. — Zum Schluß möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, dafür zu sorgen, daß die Dienstfreundlichkeit der Postbeamten gehoben werde dadurch, daß ein besserer Ton zwischen Vorgesetzten und Untergebenen herrscht. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Kräfte: Dem letzten Wunsche des Herrn Vorredners werde ich gern entsprechen. Das Anlagekapital der Post beträgt 652 Millionen, davon entfallen 230 auf die Post, 143 auf das Telegraphen-, 279 auf das Fernsprechwesen. Durch Anleihen sind davon gedeckt 105 Millionen.

Abg. Diehl (natl.): Der Uebelstand des zu großen Andrangs an die Paktisten wird besser als durch früheren Schalterstunde durch Vermehrung der Schalter beseitigt. Redner wünscht, daß wie im Auslande die Adressenseite der Postkarte zu einem gewissen Teile zu Mitteilungen benutzt werden dürfte.

Staatssekretär Kräfte sagt die Erfüllung dieses Wunsches vom 1. April ab an. Sollte die Maßregel indes an allzuviel Beschwerden über ungeliebte Postkarten führen, so müßte sie wieder aufgehoben werden.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Interpellation Auer und Genossen betr. die Vorgänge im Ruhrgebiet.) Schluß 6 1/2 Uhr.

### Im Abgeordnetenhaus

kommt am Sonnabend die Hibernienvorlage zur zweiten Beratung. Die nächste Woche soll der zweiten Lesung des Etats gewidmet sein und am Montag oder Dienstag der übernächsten Woche soll die zweite Lesung der Kanalvorlage beginnen. Gestern wurde das Ausführgesetz zum Reichsleichen-Gesetz in zweiter Lesung angenommen. An den Beschlüssen der Kommission, die freilich schon gegenüber der Regierungsvorlage eine härtere Entlastung der Gemeinden in Bezug auf die Ausbringung der durch das Gesetz verursachten Kosten bedeutet, würde nicht viel geändert. Aber entschieden ist das Schicksal der Vorlage auch nach der zweiten Lesung nicht. Die Konservativen erklärten nämlich, daß sie ihre einstimmige Zustimmung zu der Vorlage davon abhängig machen, daß die Regierung bis zur dritten Lesung völlige Klarheit über die finanziellen Wirkungen des Gesetzes auf die kleinen Gemeinden, namentlich die ländlichen spricht. Erwidert wird das Zustandekommen auch durch einen von der Regierung als maunehubar bezeichneten konservativen Antrag von Pöhl, der eine Vergrößerung der Kreisbezirke bei der Ausbringung der Kosten bezweckt. Angenommen wurde eine Resolution, die von der Regierung 500.000 M. für die Entlastung leistungsunfähiger Gemeinden verlangt.

### Partei-Angelegenheiten.

Um unliebame Irrtümer zu vermeiden, bitte ich die Genossen dringend, bei den an meine Adresse gerichteten Geldsendungen genau anzugeben, ob dieselben für den allgemeinen Parteifonds oder für die freiliebenden Bergleute des Ruhrreviers bestimmt sind. H. Gerisch

Bei einer Ergänzungswahl für das Gemeindefolgeium in Würth stellen Freiliebende, Liberale und Demokraten gemeinschaftlich einen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten auf. Trotzdem aber siegte der Sozialdemokrat mit 310 Stimmen, während die Bürgerlichen nur 158 Stimmen erhielten. Bei der Hauptwahl im November 1902 gingen Sozialdemokraten und Demokraten noch zusammen und brachten es in diesem Bezirk auf 27 Stimmen. Die Liberalen erhielten damals 200 Stimmen. Von 42 Mitgliedern des Gemeindefolgeiums sind jetzt 14 Sozialdemokraten.